Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 214. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 8. Mai 1867.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 7. Mai.

5. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind besetzt. Am Ministertisch Graf v. Bismarck.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen seitens des Präsidenten wird die Schlußberathung über die Verfassung des norddeutschen Bundes fortgesetzt und erhält zunächst das Wort

Abg. Haym (für den Antrag des Referenten): Es kann sich hier nur um Annehmen oder Ablehnen handeln. Die Redner, die gegen die Verfassung gesprochen haben, haben sich daher auch als totale, gründliche Gegner der Verfassuug gezeigt, ihre Reden waren Proteste gegen diese Verfassung, allerdings von verschiedenen Standpunkten aus. Der Abg. Waldeck griff wenigstens nicht zurück bis in die thatsächlichen Vorbedingungen derselben; bei ihm und seiner Partei scheint mir noch der Versuch einer Verständigung möglich (Heiterkeit); der Standpunkt dagegen des Abg. Jacoby entzieht sich jeder verständigen, politischen Auseinandersetzung, ich kann ihm nur erwidern, daß wir hier praktische Politik zu treiben haben. Der Protest endlich der polnischen Abgeordneten wird unwirksam zu Boden fallen; das hoffe ich, obgleich ich ein ernstes Mitgefühl für die Motive habe, aus denen er hervorgegangen ist. Sie werden lernen müssen, den Raum, denen ihnen der preußische Staat und der zu gründende Bund bietet, zur Pflege ihrer nationalen Interessen ohne Bitterkeit nach Kräften zu benutzen, ja der Tag wird kommen, wo sie nicht blos ohne Bitterkeit, sondern mit Stolz an der politischen Entwickelung unseres Volkes sich mitbetheiligen werden. Für uns ist aber gerade ihre Stellung eine Mahnung, daß wir unsere politische Aufgabe, die endliche Constituirung eines Gesammtbandes hoch, höher, über alle anderen Aufgaben stellen. (Bravo!) Und von diesem Gesichtspunkte durchdrungen, bekenne ich mit dem Herrn Referenten, daß ich mit freudigem Herzen ja zu der Verfassung sagen würde, auch wenn sie noch viel schlechter wäre, als sie es ist. (Hört! Hört! Rechts: Bravo!)

Ich sympathisire gar sehr mit denen, welche meinen, das vergrößerte Preußen, wie es seit dem Prager Friedensvertrage sich gestaltet, sei ein realerer Fortschritt zur deutschen Einigung, als diese Constituirung des norddeutschen Bundes, welche als das letzte Ziel, das sie zu erreichen wünschen, die Herstellung eines deutschen Einheitsstaates betrachten. Ich halte diesen zu gründenden Bund für nichts weniger als einen Musterstaat, es dürfte schwer sein, die politische Kategorie, den betreffenden Namen zu finden, mit dem diese Verfassung bezeichnet werden kann. (Sehr wahr! links.) Ich gebe es mit beiden Händen zu, es ist eine anomale Bildung; aber ich überlasse es Anderen, die Mängel und die Lücken derselben herzuzählen; ich bin nie der Meinung gewesen, daß eine Jahrhunderte lange Zerrüttung mit einem einzigen Schlage aufgehoben werden kann (Sehr wahr! rechts); ich lese auf allen Blättern der Geschichte die Wahrheit, daß neue große Staatsformen sich immer nur durch solche anomale Bildungen, durch gewisse Uebergangsformen durchzuarbeiten haben, und als eine solche Uebergangsform, welche, sei es den vollendeten Bundesstaat, sei es den Einheitsstaat vorbereitet, heiße ich diese Verfassung willkommen. Der Abg. Waldeck hat uns gleichsam ein dreifaches Surrogat für diese Verfassung vorgeführt, vielleicht drei vortreffliche Möglichkeiten, aber eben Möglichkeiten, denen die Realität, bei der wir angelangt sind, fehlt. Oder was haben Sie für Mittel, Ihre Vorstellungen durchzusetzen gegen diese gegebene Realität? Getrauen Sie sich einen Krieg zu führen, diplomatische Verhandlungen zu leiten, Umwälzungen der bestehenden Macht- und Rechtsverhältnisse hervorzubringen? Welche Machtmittel haben Sie? Sie haben nichts als ihr hinderndes, negatives, zerstörendes Votum (Bravo!) Aber ich weiß sehr wohl, Sie haben noch Eines, den Glauben an das Recht, an die unveräußerlichen Freiheiten unseres Volkes (Sehr richtig! links), den Glauben und die Begeisterung dafür; ich bin der Letzte, der auf diese ideale Gesinnung spottend herabsieht, ich habe für diesen Idealismus eine schmerzliche Liebe, aber dieser Idealismus hat zu viele Chancen unbenutzt vorübergehen lassen, zu oft um des theoretisch Besten willen das praktisch Nützliche aus den Händen gelassen.

Durchdringen Sie, meine Herren, gerade Sie das jetzt Erreichte mit Ihrer Gesinnung, stellen Sie sich auf diesen Boden, das sei der Tropfen demokratischen Oeles, inauguriren Sie damit die jetzige Verfassung des norddeutschen Bundes! Auch Penelope hörte auf, ihr Gewebe weiterzuspinnen, nachdem Odysseus zurückgekehrt war und sie ihren Gemahl erkannt und geprüft hatte. — Was sind denn nun die Hauptvorwürfe, die Sie dieser Verfassung machen? Sie behaupten, daß ihr wesentliche Attribute des constitutionellen Lebens fehlen, daß wesentliche andere Attribute sich nur unvollkommen finden, Sie behaupten in Summa, daß von dem, was das preußische Volk an Rechten bereits besessen, das Meiste in dieser Verfassung verloren gegangen, ohne einen Ersatz dafür zu finden. Ich stehe, meine Herren, nicht auf dem Standpunkte des Herrn Referenten, welcher behauptet, daß diese Verluste nicht existiren; ich gebe Ihnen zu, das ist richtig, aber ich finde nur natürlich, daß bei dem Uebergange des Einzelstaates in den Gesammtstaat, bei diesem Proceß, welcher seiner Natur nach wesentlich eine Machtschöpfung ist, daß auf dem Wege dieser Umwandlung Freiheiten und Rechte zu Boden gefallen sind, nur daß ich diese Freiheiten und Rechte nicht als tropfbare Flüssigkeiten ansehen kann, die einmal zu Boden gefallen, auf immer verloren sind. Ich vertraue auf die Energie und Lebenskraft, welche im erweiterten Staate und Parlamente sich entwickeln, daß sie die verlorenen Freiheiten wieder zu erobern wissen wird, daß diese Lebenskraft neue Triebe hervorbringen wird, wenn das Gewächs auch einstweilen bei der Umpflanzung beschnitten werden muß. So läuft bei mir Alles darauf hinaus, daß allein schon die Gründung mir ein unendlicher Gewinn scheint. Der Abg. Waldeck hat ja Recht, wenn er sagt, nur um Etwas zu Stande zu bringen, wären im Reichstage viele Beschlüsse gefaßt, nur daß ich dies Motiv sehr hoch veranschlage und namentlich, wenn dies zu Stande zu Bringende ein Staat ist.

Aber allen jenen Vorwürfen habe ich einen Vorzug der neuen Verfassung entgegenzusetzen, ich meine ihre Entstehung. Ich sehe ab von einzelnen Abänderungen des ursprünglichen Entwurfs, die notorisch Verbesserungen desselben sind; aber ich veranschlage auf das Höchste den Sinn, in welchem die Herstellung der Verfassung versucht worden ist, das Princip: der Vereinbarung der Regierungen die Gegenzeichnung der Nation hinzuzufügen. (Hört!) Ich veranschlage auf das Höchste diesen Stempel des Volksthümlichen, des parlamentarischen Ursprungs der neuen Verfassung. Wir haben hier nicht blos das Schauspiel eines Schauspiels gehabt, sondern das Schauspiel eines ernsten Ringens der Parteien mit gegenseitiger Selbstverleugnung. Diese Verfassung ist ein wahrer, mit Bescheidenheit gemachter Compromiß. Und diese Bescheidenheit durfte geübt werden, denn die Nation konnte sich sagen, daß sie es gewesen, welche die Idee angeregt, die nun durch die Kühnheit eines preußischen Staatsmannes Fleisch und Blut gewonnen hat. Aber das Alles ist formeller Natur. Vor Allem hoch schätze ich, daß diese Verfassung den Stempel der Freiheit an sich trägt, daß die Regierung Amendements, die sie anfangs für unannehmbar erklärte, in der letzten Stunde dennoch angenommen hat. Das ist eine Bürgschaft für die Zukunft. Ist es da noch nöthig, schließlich zu erinnern an den Ernst der Situation, in der wir uns befinden? Ganz gewiß ist es, daß von jenseits des Rheins auf nichts so sehr speculirt wird als auf die Unfertigkeit unserer Zustände, und dieser Speculation zu begegnen, würde ich mir zum Schutze Deutschlands sogar die Dictatur gefallen lassen. Wir sind glücklicher Weise vor diese Alternative nicht gestellt.

Schaffen wir aber im Hinblick auf diese Gefahr die ersten großen Chancen zur Begründung und Fortbildung des Ganzen, führen wir das Werk bis zu dem Punkte, wo es den Bevölkerungen von Süddeutschland zur Nothwendigkeit werden muß, uns Mitgehilfen zu werden nach außen wie nach innen! Lassen wir diesen Moment nicht entschlüpfen! Es ziemt sich für die preußische Volsvertretung, mit dem Beispiel eines raschen Abschlusses voranzugehen. Durch preußisches Blut ist der Boden zu diesem Werk gewonnen worden, durch die Kühnheit, Weisheit, Mäßigkeit eines preußischen Staatsmannes sind die Fundamente gelegt, jetzt soll nach dem Zwischenstadium des Reichstages durch die Hingebung des preußischen Landtages das Werk unter Dach gebracht werden. Stellen wir allen Feinden zum Trotz das Werk hin! Wiederholen wir — „honny soit qui mal y pense! — die Worte des Mannes, dem es vergönnt war, auch den verflossenen Reichstag zu leiten: „Das ist unser! So laßt uns das nicht blos sagen, sondern behaupten!" (Bravo!)

Abg. Dr. Virchow: Ich will, m. H., nicht als Diplomat reden; ich will sprechen wie ein einfacher, ehrlicher Mann und werde also sagen, was mir für die parlamentarische Taktik am meisten geeignet scheint. Und da bin ich denn dem Herrn Vorredner sehr dankbar, daß er uns offen seinen Standpunkt auseinandergesetzt, daß er namentlich ausdrücklich die Verluste anerkannt hat, welche das preußische Volk an verfassungsmäßigen Rechten erleidet. Er, wie der Herr Referent, haben uns damit getröstet, daß die nationale Entwickelung des ganzen Vaterlandes es mit sich bringt, daß es sich im Augenblicke nur um die deutsche Einheit handelt. Ich bin dem Herrn Vorredner ferner dankbar, daß er den Dualismus in der liberalen Partei anerkannt hat, ich muß ihm aber bestreiten, daß wir je die günstige Gelegenheit verscherzt hätten um idealer Zwecke willen. Das kann man doch höchstens den Männern vorwerfen, die auf der Höhe der politischen Lage stehen und dadurch in der Lage sind, einen günstigen Augenblick auch benutzen zu können. Wenn dies nicht geschehen ist, wenn bei uns in Preußen so lange traditionelle Impotenz die auswärtige Politik beherrschte, so lag das eben daran, weil die Männer, die dieselbe zu leiten hatten, nicht die Männer der Situation waren. Ich will ja gerne zugestehen, daß Herrn von Bismarck das bessere Geschick gefallen ist, daß er als wirklicher Mann in die Situation eingetreten ist, daß er sein Amt ausgefüllt, daß er die Neigungen seines allerhöchsten Herren in glücklichere Bahnen gelenkt hat. (Unruhe im Hause.)

Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß es nicht Sitte, die Person Sr. Majestät des Königs hier in die Debatte zu ziehen.

Abg. Dr. Virchow: Ich glaube wohl das Recht zu haben, darauf hinweisen zu können, und meine, da die Minister die Rathgeber des Königs sind und der König selber in letzter Instanz die auswärtige Politik entscheidet, daß, wenn der Minister in die Lage kommt, seinen Rath zu ertheilen, sowohl der König wie sein Minister hier genannt werden kann. Unsere Geschäfts-Ordnung enthält nichts Gegentheiliges, und ich muß mich dagegen verwahren, auf ein constitutionelles Princip hier.—

Präsident v. Forckenbeck (unterbrechend): Ich muß meinen Widerspruch aufrecht erhalten. Es ist, meiner Ansicht nach, nach der Verfassung nicht zulässig, vom persönlichen Willen Sr. Majestät des Königs zu sprechen.

Abg. Dr. Virchow: Nun, ich will die Angelegenheit nicht weiter verfolgen, ich halte sie nur für wichtig für das Haus und spreche daher meine Verwahrung gegen dies Verfahren aus. — Der Umstand jetzt, daß wir einmal einen Mann haben als Minister der auswärtigen Angelegenheiten berauscht die gegenwärtige Majorität, die der Meinung zu sein scheint, es gebe nun gar keinen anderen Mann mehr als diesen einen. (Ruf von rechts: Virchow!) Es wäre ja unter diesen Umständen das Allereinfachste, nicht daß Sie eine Verfassung machen, sondern daß Sie diesem Manne die Dictatur geben. Ich würde es vollkommen begreifen, wenn Sie aus diesem Gefühle heraus eine derartige Einrichtung für so lange als Herr v. Bismarck Minister ist, getroffen hätten. Der Trost, der uns jetzt gegeben wird von ehrlichen Männern für diese Verfassung, daß die darin errichtete Dictatur von 1871 an aufhören wird und daß wir dann in vollkommen constitutionelle Bahnen eintreten würden, kann uns nicht genügen.

Ja, m. H., wir haben gestern sogar gehört, daß wir mehr haben werden, als früher, daß diese Verfassung sogar Vorzüge vor der preußischen besitze, da sie auch ein Recht über die Einnahmen zu verfügen der Volksvertretung einräume. Da sei die Möglichkeit für den Reichstag, seine Kraft anzusetzen. Und so besteht auch bei einer großen Menge von Mitgliedern dieses Hauses die Vorstellung, als sei die Summe von 225 Thlr., welche pro Kopf von 1 Procent dem Bundesfeldherrn zur Verfügung gestellt werden muß, nach dem Jahre 1871 noch einer ganz besonderen Bewilligung des Reichstages unterworfen. Ich habe mich über die Sache so weit, als es mir bei der Unvollkommenheit des Materials möglich war, zu informiren gesucht. Und ich komme zu dem Schlusse, daß die Regierung vermöge des Artikels 62 und 70 außer den Einnahmen, die ihr aus den Verbrauchssteuern und dem Post- und Telegraphenwesen zu Gebote stehen, sich noch die Summe von 225 Thlr. pro Kopf von 1 Procent der Bevölkerung auch nach 1871 gesichert hat. Auch in Zukunft wird jeder Staat die 225 Thlr. pro Kopf zahlen müssen; das macht für 300,000 Mann 67½ Millionen, die sich zu dem gleichen Zwecke durch die Einkünfte einiger Steuern auf 75 Millionen erhöhen werden. Der Abg. Twesten hat uns gestern vorgerechnet, daß aus unserem preußischen Budget uns 51 Millionen Einnahmen, dagegen 71 Millionen Ausgaben würden abgenommen werden. Das würde ja für das preußische Volk eine recht angenehme Aussicht sein. Ich folge aber einer etwas anderen Berechnung. Die Nettoeinnahmen des Jahres 1866 betrugen 106½ Millionen, davon werden künftig 31½ Millionen Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern und der auf Preußen fallende Antheil des Procentsatzes von 225 Thlr. mit 44 Millionen, zusammen also 75½ Millionen in Abzug kommen.

Daraus folgt, daß wir nicht 20 Millionen Plus an Einnahmen haben, sondern daß überhaupt nur ca. 31 Millionen Einnahmen der Beschlußfassung des Landtages unterliegen werden. Ich habe immer erklärt, daß ich mit Vergnügen jedes Recht aufgeben würde, wenn es ungeschmälert auf den andern parlamentarischen Körper übergeht. Ja ich behaupte sogar, ein geordnetes Wirken wird gar nicht zu Stande kommen, so lange beide Parlamente nebeneinander stehen. Der preußische Landtag muß aufhören. Das preußische Volk kann sich damit zufrieden geben, wenn es gleichzeitig die volle Selbstverwaltung der Kreise und Provinzen erhält. Die Aussicht, daß das Herrenhaus auf diese Weise eines schmerzlosen Todes dahinscheidet, ist auch für mich eine sehr verlockende. Aber ich kann nicht zugestehen, daß diese Reichsverfassung auch nur die leiseste Andeutung dafür hätte, daß sie so etwas auch nur intendirt. (Der Ministerpräsident Graf Bismarck tritt ein; die Rechte des Hauses erhebt sich.) Die Regierung selbst wollte im vorigen Jahre ein ganz anderes Budgetrecht der Volksvertretung zugestehen, das beweist der Entwurf vom Juni vorigen Jahres. Selbst hinter diesem Anerbieten ist die Majorität des Reichstages zurückgeblieben und in dem Amendement Ujest hat sie etwas angenommen, das die Sache noch schlimmer macht, als sie ursprünglich war. Es sind Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen, welche auf lange Jahre die Volkskraft in Fesseln schlagen. Es ist nun gesagt worden, auf dem Boden der Reichsverfassung könne man ja sofort den Kampf wieder eröffnen, um die etwa verlorenen Volksrechte wieder zu gewinnen. Wenn man das aufrichtig will, m. H., so wird man sich doch die Arena nicht so schlecht wie möglich machen (sehr wahr!); so wird man sich doch nicht selbst ungleichmäßig ungünstige Kampfbedingungen auferlegen.

Es wird nun immer „die Gefahr der äußeren Lage" als zwingendes Motiv angeführt. Nun frage ich aber: Woher kommt denn diese Gefahr? Sie ist eben eine unmittelbare Consequenz dessen, was in letzter Zeit geschehen ist. Wir wollten in Folge der Ereignisse allerdings auch die Bundesverfassung für erloschen erklärt haben, aber die Fortdauer des deutschen Bundes anerkennen und innerhalb des Bundes nur eine neue Constitution haben. Wer hat uns denn dem Angriffe Frankreichs Preis gestellt? Doch nur der Mann, der durch die Erklärung, der deutsche Bund sei aufgelöst, niederländische Gebietstheile herausgeschoben hat aus Deutschland. (Hört! Hört!) Ja, m. H., wenn man ein Stück von Deutschland rechtlos in die Fremde hinaussetzt, so darf man sich auch nicht wundern, wenn Jemand kommt, der die Hand darauf legt. Der Idealismus, den wir verfolgen, ist nicht ein künstlich groß gezogenes Gefühl, sondern die durch eine Reihe von Erfahrungen gewonnene Ueberzeugung, daß die Freiheit und die Entwickelung der Völker bestimmt wird durch die Art, wie in der Verfassung die Steuern und das Heer hingestellt sind. — Aus dieser Ueberzeugung rechtfertigt sich unser ganzes Streben; dieser Ueberzeugung aber laufen die Bestimmungen der Bundesverfassung entgegen. — Bis zum Jahre 1871 will man den Regierungen in den Militärsachen ganz freie Hand lassen. Weshalb denn gerade bis 1871? Es ist doch durchaus nicht vorauszusehen, daß gerade im Jahre 1871 ein bestimmter Abschluß in unseren auswärtigen Verhältnissen eintritt. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht, ist vielmehr die Ruhe in den auswärtigen Verhältnissen nie mehr sicher gestellt, als wenn das Volk entscheidenden Antheil an der Bestimmung seiner Geschicke hat. Läßt man der Willkür der Regierungen, dem Ehrgeize der Minister freien Spielraum, so entsteht die größte Gefahr für den Weltfrieden. (Sehr wahr! links.) Mit denselben Argumenten wie jetzt, wird man auch nach 1871 das Pauschquantum wieder auf längere Zeit bewilligen.

Wir aber können die Zustimmung zu einer solchen Verfassung nicht geben, weil der Friede nach außen und die Entwickelung nach innen dadurch gefährdet wird. Wir sind außer Stande, bestimmte Rechte der preußischen Verfassung gegen unbestimmte erst noch zu erstreitende Rechte der norddeutschen Verfassung einzutauschen. — Das Halten des Eides auf die Verfassung besteht meines Erachtens in der Treue, die jeder Mandatar seinem Mandanten gegenüber schuldig ist. Wenn dadurch auch Aenderungen der Verfassung nicht ausgeschlossen sind, so kann ich doch keinerlei Verluste an Rechten zulassen. Die Basis des öffentlichen Lebens, die Grundlage, auf der wir stehen, darf nicht alterirt werden von denen, die sie beschworen haben. Diese Grundlage sind Sie aber (zu den National-Liberalen gewandt) im Begriffe zu alteriren; Sie greifen so weit in die preußische Verfassung ein, daß von Ihnen selbst Niemand weiß, was denn überhaupt noch davon bestehen bleibt. (Sehr wahr! links.) Ich meinerseits halte mich nicht für berechtigt, ein solches Votum abzugeben, wobei ich nicht weiß, was von den Rechten, die ich beschworen habe, noch übrig bleibt. Die Gesichtspunkte des allgemeinen Vaterlandes, die nationalen Wünsche, die von dieser Seite jetzt immer als Motiv vorgeführt werden, waren zu realisiren mit voller Heilighaltung des Eides; dazu brauchte man kein Recht, kein Stück Volksfreiheit aufzugeben. Für einen Uebergangszustand darf man Rechte nicht Preis geben; ich hätte es vielleicht begriffen, wenn jene Herren für eine gewisse Zeit eine Dictatur eingeführt hätten mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die dadurch suspendirten Rechte zu einer bestimmten Zeit ganz und voll wieder in Kraft treten.

Diese Bedingung auszusprechen, das haben Sie aber versäumt; und darin liegt eben die große Gefahr, die Hinfälligkeit des Werkes, das zu beschließen sie im Begriffe stehen. Auch ich habe allerdings die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk Zeit und Gelegenheit finden wird, um die entzogenen Rechte sich wieder zu erstreiten; aber glauben Sie ja nicht, daß Ihr Reichstag das Mittel dazu sein wird. Das Volk wird sich schon seiner Zeit erinnern, was Sie ihm an Rechten genommen haben und wird diese Rechte mit aller Kraft geltend machen. Und in dieser Beziehung halte ich es mit für den schätzenswerthesten Theil der neuen Verfassung, daß sie nicht den Eid auf sich selbst enthält und Niemand hindert, ihr den Garaus zu machen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Wagener (Neustettin) (vom Platze, ist deshalb auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich): Der Herr Vorredner hat gesagt, er wolle nicht als Staatsmann sprechen; er ist ja auch nie Staatsmann gewesen; er sagte aber, daß er als ehrlicher Mann sprechen wolle; und da hätte ich gewünscht, daß er wenigstens diesem Vorsatze treu geblieben wäre. — Heute hat er, wenigstens so weit er es von seinem Partei-Standpunkte aus konnte, die Verdienste Bismarck's anerkannt. Dagegen hat er vor einiger Zeit im Abgeordnetenhause gesagt: „Bismarck ist nicht der Mann, der eintreten kann durch eine kräftige auswärtige Politik; er ist dem Bösen verfallen und kann nicht wieder loskommen. (Ruf links: Sehr wahr! Heiterkeit rechts.) Wenn Preußen einmal gezeigt, daß es wirklich eine Großmacht sei, dann sprechen wir uns weiter. So lange es aber nur gegen kleine und Vasallenstaaten auftritt 2c." Nun, wie stimmt das denn jetzt? Ich glaube, der Herr Redner hätte wohlgethan, zu erklären, daß eine Besserung seiner Auffassung eingetreten sei. Leider aber ist diese Besserung noch nicht vollständig, da er noch immer in der Auffassung befangen sei, als ob er und seine Partei im Stande wären, jemals ein einiges Deutschland mit allen Idealen seiner Partei zu begründen.

Der Herr Vorredner hat auch gesagt, daß ihm die Dictatur lieber wäre als die neue Verfassung; wenn das wirklich sein Ernst wäre, nun, dann ließe sich mit uns darüber reden. — Es wird nun immer gesagt, daß bei dem Transport der Volksrechte aus der preußischen in die norddeutsche Verfassung eine Port on verloren gegangen wäre; es ist bis jetzt aber auch noch nicht ein einziges näher bezeichnet worden. (Widerspruch links. Ruf: eine ganze Menge!) Das Steuerbewilligungsrecht ist nicht verloren gegangen, die Theilnahme der Volksvertretung an der Gesetzgebung ist gewahrt, die Berathung des Budgets (Ruf links: Ja wohl, Berathung!) ist beibehalten. Was soll denn da also verloren gegangen sein? Verloren gegangen ist nur die Autorität der Herren Fortschrittsjunker (Gelächter links). Und wenn Sie wirklich von den Wünschen Ihrer Partei etwas hätten aufgeben müssen, haben wir denn, die conservative Partei, es nicht auch gethan? Glauben Sie denn nicht, daß es uns schwer genug geworden ist, dem schwarzweißen Mantel den rothen Streifen zuzufügen? Glauben Sie denn nicht, daß es uns viel Ueberwindung gekostet hat, dem allgemeinen Wahlrecht und dem Einkammersystem zuzustimmen? Darin liegt aber eben der Unterschied zwischen unserer Partei und Ihrer: Wir sind erst deutsche Patrioten und dann Parteien, wir sind erst deutsche und dann preußische Patrioten; Sie aber sind nur Parteimänner und weder deutsche Patrioten noch preußische Patrioten. (Heftiger Widerspruch links; Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Redner unterbrechen. Gegen eine bestimmte Seite des Hauses zu sagen, sie wären weder deutsche noch preußische Patrioten, ist unparlamentarisch.

Abg. Wagener (fortfahrend): Sie werfen nun den Herren National-Liberalen immer vor, daß dieselben ihr Princip verleugnet hätten; leider ist dies nicht wahr. Diese Herren haben blos eingesehen, daß durch bloße Declamationen die deutsche Einheitnicht herbeigeführt werden kann; sie sind deshalb nicht weniger principiell wie Sie, aber ein ganzes Theil klüger. (Anhaltendes Gelächter.) Sie haben aus den Erfahrungen des Jahres 1848 etwas gelernt; sie haben gelernt, daß eine Partei nicht schneller und sicherer reüssiren kann, als wenn sie sich neben die Thatsachen stellt. Deshalb ist ihre Wandelung keine andere, als daß sie aus parlamentarischen Kloppfechtern (Heftiger anhaltender Widerspruch; Glocke des Präsidenten. Pause.)

Präsident v. Forckenbeck: Ich erlaube jetzt dem Herrn Redner fortzufahren. (Heiterkeit.)

Abg. Wagener (fortfahrend): Realpolitiker geworden sind. Da sie nun doch schon etwas gelernt haben, will ich die Hoffnung auf sie noch nicht aufgeben, sondern wünschen, daß sie auch von uns noch Belehrung annehmen. — Daß viele Mitglieder dieses Hauses auf jener Seite (nach links deutend) verdrießlich sind, wundert mich gar nicht; denn schon aus der Mythologie wissen wir, daß der alte Sisyphus stets verdrießlich war, wenn der Stein, den er schon fast den Berg hinaufgerollt hatte, wieder herunterrollte (v. Vincke-Hagen ruft: Sehr gut!). — Sie sollten nun aber, m. H., doch endlich einmal so ehrlich sein, daß Sie die Erhaltung der Freiheit und der Rechte des Volkes nicht immer als das Streben Ihrer Partei allein hinstellen. — Sie haben doch die Erfahrung gemacht, daß bei dem allgemeinen Stimmrecht die Herren Virchow und Hoverbeck nicht berücksichtigt worden sind und daß der Nationalverein dabei in die Brüche gegangen ist. Sonst sind jetzt doch wohl ihre Wünsche erfüllt: Sie haben ein Einkammersystem auf breitester Grundlage. Was kann ein Demokrat mehr wünschen? Deshalb überlegen Sie sich die Sache nochmals in der 12. Stunde, noch ist es Zeit; durch Ihren Widerspruch und ihren Protest können Sie das Zustandekommen der Verfassung nicht mehr hindern; Sie werden vielmehr bei dieser Haltung unter einer nicht schmeichelhaften Grabschrift begraben werden. — Der Abg. Virchow hat nun das gegenwärtige Gouvernement verantwortlich machen wollen für die Kriegsgefahr, die bei dem ersten politischen Auftreten des norddeutschen Bundes entstanden ist. Ja, das Norddeutschland, das jetzt zu Stande gekommen ist, kann wohl augenblicklich unter bestimmten Voraussetzungen Andern als kriegsgefährlich erscheinen, weil es eben der Anfang dazu ist, Deutschland groß, mächtig und gefürchtet zu machen. Das Deutschland, das Sie (nach links deutend) zu Stande bringen könnten, würde allerdings wohl Niemand ängstigen; Niemand würde sich davor fürchten; es würde eine komische Figur sein und bleiben. (Beifall rechts, Zischen und Gelächter links.)

Abg. Dr. Kosch (gegen die Vorlage; Redner spricht vom Platze und wendet der Journalistentribüne den Rücken zu, so daß seine Ausführungen im Zusammenhange nicht verständlich sind): Auch ich denke an das Jahr 1848, aber aus einem anderen Gesichtspunkte wie der Abg. Wagener. Ich denke daran mit tiefer Wehmuth; denn damals standen die Wünsche und Hoffnungen des deutschen Volkes in voller Blüthe, während sie jetzt im Begriffe stehen, durch einen Beschluß diesen Wünschen nicht nur, sondern auch den schon erworbenen Rechten das Grabgeläute zu geben. Der ganze Verfassungs-Entwurf scheint nur hervorgegangen zu sein aus Mißtrauen gegen das Volk und seine Vertreter. — Es ist ganz richtig, was der Referent sagt, daß das preußische Volk an seiner Verfassung hängt, und in demselben Athemzuge muthet er uns zu, daß wir, die Mandatare von 25 Millionen Preußen, blos deshalb, um noch einen Bund mit 5 Millionen Deutschen zu schließen, die erworbenen und beschworenen Rechte aufgeben sollen?

Der Verfassungsentwurf ist außerordentlich mangelhaft; ich will nur Einzelnes hervorheben. Der Ministerpräsident hat im Reichstage die Verweigerung der Diäten ein Correctiv des allgemeinen Wahlrechts genannt. Ich

sage, sie ist kein **Correctiv**, sie ist vielmehr ein **Corruptiv** des allgemeinen Wahlrechts. (Beifall links.) Der Referent sagt nun: Das habe keine große Bedeutung, das ließe sich ausgleichen. Nun, mir scheint doch, daß die Regierung wenigstens dieser Frage eine **sehr** große Bedeutung beimißt. Sonst würde sie doch nicht erklärt haben, hieran die ganze Verfassung scheitern lassen zu wollen. Der Abg. **Jung** sagt, daß das Diätenverbot sich nur auf die Regierungen erstrecke. Da bitte ich Sie denn doch, den Wortlaut einmal genau anzusehen. Da heißt es ausdrücklich: „Die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen." Das ist doch wohl ein ausdrückliches Verbot für die Reichstagsmitglieder. Und ich meinerseits würde es angesichts dieser Bestimmung mit meinem Ehrgefühl und der Achtung vor dem Gesetze nicht für vereinbar halten, von meinen Wählern eine Entschädigung anzunehmen. Ich bin gewohnt, die Freiheit zu vertreten innerhalb der Gesetze. Für mich ist diese Frage keine bloße Geldfrage, sondern eine principielle, eine Freiheitsfrage. — Ich achte die redliche Ueberzeugung jedes Mannes, nehme aber auch in Anspruch, daß Sie meine aus gewissenhafter Ueberlegung hervorgegangene Ueberzeugung achten. Und da muß ich denn aussprechen, daß mein Eid auf die Verfassung es mir nicht erlaubt, Volksrechte aufzugeben. Ich kann deshalb in Anbetracht meines Eides dieser Verfassung nicht beistimmen und will es nicht! (Beifall links.)

Abg. v. **Unruh** (Magdeburg) (für die Annahme; das Haus ist schon sehr unruhig und muß während der folgenden Rede vom Präsidenten mehrfach durch Läuten mit der Glocke und mündliche Ermahnungen zur Ruhe verwiesen werden; bei dem leisen Organe des Redners ist es deshalb nicht möglich, ihn vollständig aufzufassen): Es ist eine peinliche Lage, alten politischen Freunden gegenüberzutreten, mit denen man 19 Jahre auf einer Seite gekämpft hat und deren Ziele man im Wesentlichen theilt. Noch eigenthümlicher wird die Lage für mich dadurch, daß ich die Forderungen, die die Linke im Reichstage gemacht hat, fast durchweg gebilligt und mitverlangt habe. Ich brauche es wohl nicht erst zu begründen, daß ganz sicher die Verfassung für mich noch weit annehmbarer wäre, wenn die Grundrechte darin garantirt, wenn die volle Ministerverantwortlichkeit statuirt, wenn das volle Budgetrecht ohne Einschränkung und ohne Interimisticum festgestellt wäre. Zwischen mir und meinen früheren politischen Freunden herrschen jetzt allerdings einige Verschiedenheiten in den Grundanschauungen. Die Opposition im Reichstage schien die Stellung einzunehmen, als ob der Reichstag hervorgegangen wäre aus einer siegreichen Revolution, als ob hinter ihm stünde die revolutionäre Kraft des Volkes. Wir waren uns aber bewußt, daß dies nicht der Fall war, daß die Situation deshalb nicht geeignet war zur Erwerbung neuer Rechte. Daß Rechte verloren gegangen seien, muß ich bestreiten; einen eigentlichen Beweis dafür hat Niemand geführt. Jene Seite will überall ihrem Principe folgen, ohne die geringsten Concessionen zu machen; wenn dadurch nichts zu erreichen ist, nun, dann nicht; das ist leicht und vielleicht populär in manchen Wahlkreisen, politisch aber nicht. (Redner geht darauf auf die Bemängelungen ein, welche durch den Antrag Waldeck-Hoverbeck an der Verfassung gemacht werden, und sucht nachzuweisen, daß dieselben ungerechtfertigt wären, und widerlegt sodann die hierauf bezüglichen Ausführungen der Abgg. Waldeck und Virchow. Mit Bezug auf die Grundrechte führte er aus):

Wenn auch in der norddeutschen Verfassung bestimmte Grundrechte nicht aufgestellt sind, so bleiben doch die in der preußischen Verfassung garantirten bestehen; gern hätte ich diese auch den norddeutschen Staaten gegönnt. Daß dies nicht beliebt wurde, war jedoch für mich kein Grund zur Ablehnung der ganzen Verfassung; denn aufrichtig gesagt, auf die Grundrechte, die in den Verfassungen garantirt sind, lege ich kein zu großes Gewicht; das sind nur Versprechungen, die durch positive Gesetze erst ins Leben treten müssen. Deshalb wollte ich auch die Competenz des Reichstages ausgedehnt wissen auf diesen Theil der Gesetzgebung; aber ein Theil der Liberalen stimmte dagegen, und dadurch fiel dieser Antrag. Bei der Zusammensetzung des Reichstages, wo die Majorität eine so schwankende, von 4 bis 6 Personen abhängige war, hätte ich auch in keiner Weise gewünscht, die Grundrechte berathen zu sehen; ich hätte dies geradezu für ein Unglück gehalten; die Berathungen über das Vereinsgesetz von 1849 sollten uns dabei als Warnung dienen. — Für die **Diäten** habe auch ich gestimmt; ich halte sie für gut, zeitgemäß, in gewisser Beziehung sogar nothwendig; sie waren aber nicht zu erreichen; und da schien mir denn die Diätenfrage nicht von der Wichtigkeit, um deshalb gegen die ganze Verfassung zu stimmen. — Am **Budgetrecht** des preußischen Abgeordnetenhauses ist nichts verloren gegangen; im Gegentheil ist der berüchtigte Art. 109 der preußischen Verfassung beseitigt. — Wenn nun trotzdem von jener Seite immer gesagt wird: die norddeutsche Verfassung ist die Wiederkehr des alten Bundes mit Militärdespotismus; die Volksrechte sind exportirt; wenn wir dabei fort und fort der Wandelbarkeit der Gesinnung von unseren früheren Freunden beschuldigt werden; wenn wir geziehen werden des freiwilligen Eintritts in die Knechtschaft, ohne daß man auch nur den geringsten Beweis dafür beibringt (Widerspruch links), dann glaube ich, ist es auch einmal an der Zeit, auch die wirklich guten Seiten der neuen Verfassung hervorzuheben.

So lege ich einen sehr großen Werth auf das allgemeine Wahlrecht; wenn auch noch einige Correlate dazu fehlen, so muß man bedenken, daß solche Rechte nicht auf einmal erworben werden; und ich habe die Zuversicht zum allgemeinen Wahlrecht, daß es uns auch noch zur wirklichen Preßfreiheit, zum freien Versammlungsrecht ꝛc. führen wird. Ein fernerer Vortheil ist das Einkammersystem, das dadurch geschaffen wird; ich nenne ferner die Freizügigkeit, das Indigenat, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einschließlich des Landwehr-Systems auf den ganzen norddeutschen Bund; alles nicht gering anzuschlagende Vorzüge. Ich halte ferner die Verfassung für den Anfang der Mediatisirung der Klein- und Mittelstaaten. Auf diesem Wege werden wir zwar langsamer, aber friedlicher und sicherer zum Ziele kommen als mit den Annexionen. Und ich glaube, daß gerade die Mangelhaftigkeit der Verfassung den Eintritt der süddeutschen Staaten eher möglich macht. Der Drang nach Einheit im deutschen Volke wird also in gewisser Beziehung durch die Verfassung befriedigt. Dazu kommt, daß ja eine Abänderung der Verfassung nicht schwer ist; daß ferner der ursprüngliche Regierungsentwurf gerade mit Bezug auf die parlamentarischen Rechte nicht unerhebliche Verbesserungen erhalten hat. Freilich haben hierzu die Herren Wagener und Graf zu Eulenburg nicht geholfen; und ich glaube, daß auch in der neuen parlamentarischen Arena die Kluft zwischen ihnen und uns größer sein wird als zwischen uns und unseren früheren Freunden, die jetzt gegen die Verfassung stimmen wollen.

Eine Verwerfung der Verfassung würde ich für ein nationales Unglück, für eine Niederlage Deutschlands in den Augen Europa's, für eine Schwächung Preußens halten. Ich werde deshalb dafür stimmen. Uns deshalb Untreue, Aufgeben unserer Principien oder andere Absichten unterzuschieben, dazu halte ich Niemanden für berechtigt. Der Abg. Jacoby hat gesagt, er wäre ein alter Kämpfer auf dem Felde der Freiheit. Nun, ich bin wahrhaftig auch kein Jüngling mehr. Vor 19 Jahren habe ich unter den schwierigsten Verhältnissen hier gestanden, fest und unerschütterlich; ebenso fest und unerschütterlich werde ich auch heute trotz aller Beschuldigungen meiner Ueberzeugung folgen und nach meiner Ueberzeugung stimmen.

Abg. **Schulze** (gegen die Vorlage): Der Abg. Wagener hat bei seiner Darstellung der stattgefundenen Verschiebung der Parteien die Motive, welche die conservative Partei in der gegenwärtigen Phase leiten, wohl nicht ganz erschöpfend bezeichnet. Sie hat nicht ihre Wandelung aus einer frisch erwachten Liebe zur deutschen Einheit vollzogen, sondern sie ist bei der Regierung geblieben, um im Bunde mit den Machtmitteln der Regierung zu bleiben, von denen sie sich nicht ablösen kann. Machte sie den Versuch einer solchen Trennung, sie würde bald gewahr werden, daß sie nur eine verschwindend kleine Minorität im Lande darstellt. Gegen die Bundesgenossenschaft mit dieser Partei, welche der Abgeordnete Wagener heute proclamirt hat, ist unser alter Parteigenosse v. Unruh Mannes genug, sich selbst zu verwahren. Die unsrige steht auf dem Standpunkt der Adresse, die der Landtag nach dem Kriege an den König richtete: keine Minderung der Rechte, die wir bisher besaßen, und wenn heute die Fragestellung an die Wähler lautete: „wollt ihr von euren Rechten verlieren?" — so würde die Antwort anders ausfallen, als sie jetzt der Mehrheit des Volkes in den Sinn und Mund gelegt wird. (Lebhafte Zustimmung links.)

Kein Antrag der Linken im Reichstage ging über die Rechte hinaus, die wir durch die preußische Verfassung bereits besaßen und dafür werden wir von dem Herrn Referenten einer den klaren Blick trübenden Leidenschaftlichkeit bezichtigt! Von mir darf ich sagen, daß ich noch niemals in meinem politischen Leben resignirter war als im Reichstage dem Verfassungsentwurfe gegenüber, zu dessen Correctur wir die Hand boten. Kein Zweifel an der Gesinnung Derjenigen, die jetzt anders denken, kommt mir in den Sinn; aber der wahre Grund der Wendung, die sie gemacht haben, ist der Kriegserfolg, dessen Bedeutung doch nur in der Gewährung der äußeren Möglichkeit liegen kann, den gewonnenen Raum für die Entwickelung des Volkes und zur Verwerthung für die Volksfreiheit zu benutzen. Seit dem Kriege haben wir bewiesen, daß wir den Thatsachen Rechnung tragen. Aber ich verstehe nicht, wie man sagen kann, wir hätten durch die Bundesverfassung nichts von unseren Rechten verloren. Hat die angebliche **Verantwortlichkeit** des Bundeskanzlers irgend eines der Attribute, die an dieses Princip gebunden sind? Dieser Mann, ein Messer ohne Griff und Klinge, ist kein amtlicher Chef einer Verwaltung, sondern ein beliebiger Functionär, hinter dem eine Finanzverwaltung stehen und stehen bleiben kann, ohne daß ihr Chef zurückzutreten braucht, während doch in den letzten Jahren zwei Finanzminister in Preußen zurücktraten, weil sie die Verantwortlichkeit für gewisse Maßregeln nicht übernehmen wollten. Die Möglichkeit eines solchen Rücktrittes hört jetzt auf. Es ist nicht bestimmt, für was und vor wem und in welchen gerichtlichen Formen der Mann verantwortlich sein soll. Vor dem Reichstage? Vor dem preußischen Landtage? Mit diesem Landtage hat der Mann ja nichts zu thun. Bleibt die moralische Verantwortlichkeit übrig, das Kriterium der absoluten Regierung. Die preußischen Minister, die Bundescommissare sind, sind dem Reichstage gegenüber **nicht** verantwortlich, während unsere Verfassung das Princip der Verantwortlichkeit, wenn auch unentwickelt, voll in sich aufgenommen hat, sonst wäre der Rücktritt zweier Finanzminister und das Indemnitäts-Gesuch unmöglich gewesen.

Aus ihr kann sich die wahre Verantwortlichkeit entwickeln, an dem Bundes-Kanzler nicht. Der Abg. Wagener meint, wir fürchteten das **allgemeine Wahlrecht**; aber welche Partei fürchtet sich vor ihm: die, welche das passive Wahlrecht durch Gewährung der Diäten unbeschränkt lassen oder die es durch ihre Entziehung rectificiren will? Sie glauben mit dem Einkammersystem auszukommen, weil Sie mit den Notabeln auszukommen hoffen dürfen, die nach Versagung der Diäten in dem Reichstage sitzen sollen. Was das **Etat**gesetz betrifft, so glaubten wir bisher, daß es zu Stande kommen müsse, daß zu diesem Zwecke nöthigenfalls ein Wechsel in den Factoren der Gesetzgebung eintreten müsse. Jetzt ist unsere Lage die, daß nach 1871 die jetzige Friedensstärke der Armee bestehen bleibt und die 225 Thlr. pro Mann der Regierung eo ipso zufließen und nur noch bewilligt werden. Es ist unerhörter Weise im Voraus für den einzelnen Mann der Betrag von 225 Thlr. bewilligt und wir sind auch nach 1871 durchaus in Bezug auf Mannschaft und Geld gebunden. Eine Dictatur kann für einen bestimmten Zweck und seine Dauer verlangt werden und würde als ein solcher Zweck ein mit Frankreich ausbrechender Krieg bezeichnet, so würde Niemand die Zustimmung versagen; jetzt ist sie beschlossen ohne Zweck. Der Appell der Einigung um jeden Preis sollte an die Regierungen, nicht immer an die Vertreter des Volkes gerichtet werden, die nur die Rechte der preußischen Verfassung vertheidigen, einer Verfassung, mit der sich doch, wie der Beweis vorliegt, regieren läßt. (Heiterkeit.) Wäre die Bundesverfassung an den Diäten gescheitert, wer hätte sich ein Armuthzeugniß ausgestellt und sich vor Europa lächerlich gemacht? Auch ohne Staatsstreich gehen die Sachen so, wie die Regierung es will, darum braucht sie keinen zu machen. Unsere Partei, welche die der Entwickelung bedürftigen aber auch fähigen Momente der preußischen Verfassung in die des Bundes hinüberretten will, ist die wahrhaft conservative. Sonst wird die Entwickelung in die Bahnen des Umsturzes hineingedrängt und dazu beizutragen bin ich zu conservativ! (Beifall links. Unruhe rechts.)

Vicepräsident Graf **zu Eulenburg** zeigt an, daß drei Anträge auf Schluß der Generaldebatte aus den Reihen der Rechten eingebracht sind. Das Haus lehnt sie ab.

Abg. v. **Gerlach** (Gardelegen): Ich will an der Wiege der Bundesverfassung einige Bemerkungen aussprechen, die zwar nicht im Sinne der Mehrheit der conservativen Partei, aber in dem einiger ihrer Autoritäten sein werden. Zunächst hat die Bundesverfassung vor der preußischen den Vorzug, daß sie nicht das Recht und den Schutz gewährt, von der Tribüne herab ungestraft verleumden und beleidigen zu dürfen. Ob damit die Diäten in Verbindung stehen, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls ist man bei uns in der fatalen Lage, daß der Beleidiger nicht bestraft wird, und wenn man ihn fordert, dann schlägt er sich nicht, sondern der Fordernde wird noch selbst bestraft (Unruhe.) Sie hat ferner den Vorzug, daß sie keine Grundrechte enthält, die auf concrete Menschen angewendet, Unrechte werden, und abstracte giebt es nicht, seitdem die Kinder bekanntlich nicht mehr vom Klapperstorch gebracht werden. (Unruhe.) Nach den Grundrechten müßte man besorgen, daß die deutschen Fürsten nach glücklich abgelegtem Examen zum einjährigen Freiwilligendienst und zur Klassensteuer herangezogen werden. Statt dessen tritt der Artikel ein, der die sehr concrete preußische Militärgerichtsbarkeit, unsere Reglements u. s. w. auf den Bund überträgt. Kommt das Ausgabebudget nicht zu Stande, so tritt für den Bund der Conflict ein wie bei uns und die Nothwendigkeit, ihn zu heilen, hoffentlich besser zu heilen, als bei uns. Aber die Bundesverfassung hat auch ihre Mängel. Art. 20 mit seinem allgemeinen directen Wahlrecht sieht uns befremdend an. Ich habe angefangen, die stenographischen Berichte des Reichstages zu studiren, sie sind mir nur zu lang (Unruhe), aber eine Beruhigung gegen die Natur des allgemeinen Wahlrechts habe ich nicht gefunden.

Dann sind wir kein Volk mehr, sondern nur ein Haufen von Wählern, ein Aggregat, eine Heerde, die nur durch den Hirten repräsentirt wird, dann sind wir zum Cäsarismus reif, dann hat Waldeck Recht, wenn er denselben Mechanismus auf Kreis und Gemeinde übertragen will, dann bedeutet ein Rittergutsbesitzerkopf so viel als ein Bauernkopf, der Bauer so viel als sein Miethsmann (Unruhe und Heiterkeit), dann hat der radicale Engländer Recht, der auch die Frauen zur Wahl zuläßt; denn das werden Sie nicht bestreiten: Köpfe haben sie alle. (Schallendes Gelächter.) Die allgemeine Wehrpflicht, auf die das allgemeine Wahlrecht gestützt wird, giebt nicht einmal innerhalb der Armee selbst gleiche Rechte. So übertragen Sie doch wenigstens die Disciplin der Armee auf die Wahlkörper, schreiben Sie vor, daß auch der Wähler grade gewachsen sein, 5 F. 1 Z. Größe und 32 Zoll Weite haben muß und schließen Sie die X-Beinigen aus! (Unruhe und Gelächter.) Die Armee ist nicht der kopflose Haufen wie das Aggregat aller Kopfzahl-Urwähler. Die Versagung der Diäten ist nur ein schwaches Correctiv, es ist damit ähnlich wie mit der Zumischung von Pflaumenmus zu Rhabarber. (Wachsende Unruhe.) Das Dreiklassensystem, das auch mit directen Wahlen denkbar ist, ist doch ein roher Anfang der Gliederung des Volkes, wenigstens nach der Besteuerung. Was das Oberhaus betrifft (eine Stimme: endlich kommt er zum Herrenhause!), so wollte Graf Bismarck die Verfassungsmaschine des Bundes durch ein solches Haus nicht noch complicirter machen. Aber dieser Grund reicht nicht weiter als er trägt.

Das deutsche Reich, nach dem das deutsche Volk sich angeblich sehnt, kann nicht blos, es **muß** ein schwerfälliger Staat sein. Ist England, ist Nordamerika nicht ein schwerfälliger Staat? Jeder große Staat ist schwerfällig. Der Bundesverfassung zu Liebe seine Grundsätze aus Patriotismus opfern, kann nicht gefordert werden, wenn es sich um die ewigen Grundsätze, z. B. den der göttlichen Obrigkeit handeln sollte. Aber ich stimme für sie, um nicht gegen sie in Gemeinschaft mit denen zu stimmen, welche Preußen den Großmachtskitzel austreiben wollten und den Bankerott der Firma von Gottes Gnaden seiner Zeit anzeigten, gerade jetzt, wo das Säbelgerassel von Metz und Straßburg zu uns schallt. — Die Verfassung soll den Bund zu einer großen Kaserne machen. Die Kaserne, meine Herren, ist der Gegensatz zur Volkssouveränetät ebenso wie zum Absolutismus. Denn ihr Commandant ist kein absoluter Herrscher, auch der Geringste in ihr ist nicht rechtlos; die Kaserne kennt auch Wahlen: keiner wird Offizier, der nicht von seinen Kameraden als solcher durch einen Wahlact aufgenommen wird, und vor Gericht wird Jeder von seines Gleichen gerichtet. Die Kaserne war schon oft unser Rettungsanker, sie wird es wieder sein, bis die Stürme sich beruhigen und der Anker ruhig auf Deck liegen kann, um sich für künftige Stürme zu rüsten.

Abg. Dr. **Michelis** (Allenstein): Nur mit schwerem Herzen werde ich mein negatives Votum gegen die Verfassung abgeben, die einen unlösbaren Widerspruch mit der preußischen herstellt. Wir sollen zwei Verfassungen in-, mit- und durcheinander besitzen, deren eine den wahren Kern einer Verfassung enthält, während die andere, für die es eine adäquate Bezeichnung nicht giebt, nur ein die Unkundigen täuschendes Scheinbild ist. Da wird der Traum von den sieben fetten und den sieben mageren Kühen sich wiederholen, die norddeutsche wird unsere Verfassung verzehren, ohne darum fetter zu werden. (Heiterkeit.) So denke ich, nicht weil ich Katholik und Priester bin. Ich weiß nicht, ob Sie mich für einen Ultramontanen des 13. oder 19. Jahrhunderts halten; aber das kann ich offen aussprechen: ich würde, wenn es sich um die Wahl des Königs zum Kaiser von Deutschland handelt, leichten Herzens mit Ja stimmen und keinen Augenblick Diener der Kirche bleiben, hielte ich diese Kirche nicht unabhängig von jeder weltlichen Macht. Jetzt sehe ich mit tiefer Trauer die Spuren des Cäsarismus und Deutschland als einen geographischen Begriff, da ich nicht weiß, ob nicht der erste Erfolg des neuen Deutschland sein wird, die Fahne, die das alte bisher über Luxemburg schweben ließ, einzuziehen. Nicht die Militärdictatur, nicht der Mangel an Grundrechten und Garantien würde mich zu einem negativen Votum bestimmen, wenn ich die Entwickelungsfähigkeit des Bundes erkennen könnte. Aber durch die Streichung der Diäten ist das allgemeine Wahlrecht werthlos geworden und die Verfassung hat als eine Anomalie bezeichnet werden können. Es gedeiht aber in der organischen Welt kein Keim, der die Anomalie in sich trägt, keine Mißgeburt kann dauernd leben. (Anhaltende Heiterkeit.)

Nicht die norddeutschen Regierungen, die unserige hat die Diäten in Wegfall gebracht (Graf Bismarck nickt bejahend) und diese Hartnäckigkeit beweist mir, daß ich mich in diesem Ministerium nicht geirrt, wenn ich ihm zuschrieb, daß es das Mißtrauen der Diplomatie dem Volke gegenüber bewähre. Das Volk aber soll mit seinem König und folglich seiner Regierung nicht so stehen, wie die Diplomaten mit einander stehen. — Ich sehe die Sachen sehr praktisch an: wäre der Landtag im Februar nicht so spät geschlossen und der Verfassungs-Entwurf vier Wochen früher bekannt gewesen, so hätten auch Herr von Hoverbeck und seine Freunde im Reichstage gesessen. Wenn aber Twesten und Lasker und Vincke, Männer, deren Talent ich anerkenne — solcher Talente giebt es nicht viele — ihren Grundsätzen so leicht untreu werden, woher soll dann das Volk seine Vertreter nehmen? (Präsident v. **Forckenbeck** ersucht den Redner, dies Gebiet des Persönlichen zu verlassen.) Das Scheinparlament führt zur Corruption und bei der schwachen politischen Bildung unseres Volkes zu Rückschritt und Umsturz. Von der Vornehmheit des Ministeriums, von der der Abg. Jung gestern begeistert sprach, habe ich nichts bemerkt; wohl aber bin ich viel zu vornehm, um als Thier in die Tretmühle einer solchen Verfassung zu gehen. (Heiterkeit.)

Die gestrige Replik des Abg. Eulenburg gegen Jacoby, der die rechte Seite zustimmte, war schon der Anfang des beschränkten Unterthanenverstandes. (Zur Rechten): Merken Sie sich das, das ist eine parlamentarische Form! (**Präsident** unterbricht den Redner.) Der Abg. Wagener hat soeben das ganze Haus mit dem Dunst seiner Staatsphilosophie erfüllt. Ich habe noch das Glück gehabt, von ihm zu hören, daß das Volk aus Magen und Herz besteht. In die Zoologie will ich nicht weiter eingehen; mir ist kein Thier ohne Kopf bekannt, aber jene Staatsphilosophie betrachtet das Volk wie ein Thier, dem man etwas in den Rachen wirft. (Heftige Unterbrechung. Pfui! Pfui! Präsident v. **Forckenbeck**: Der Herr Redner spricht von Philosophie, von persönlichen Dingen, aber nicht zur Sache.... Der Abg. Dr. Michelis bemüht sich sichtlich, den Präsidenten für den weiteren Verlauf seines Vortrages zu beruhigen.) Der zweite Theil jener Definition war das Herz, die Religion sollte den Hokuspokus hergeben, damit die oben gemächlich regieren können. Mir ist das Volk ein Ganzes, der König wie der Unterthan. Ich weiß nicht davon zu reden, ohne unparlamentarisch zu werden.

Bei dieser Auffassung ist die Corruption unvermeidlich und die Verfassung begründet einen solchen Mechanismus. Ich gehöre nicht zur Rechten, nicht zur Linken, ich erkenne keine Souveränetät an, auch die des Volkes nicht, sondern nur Gottes. Der Absolutismus wie die Revolution überträgt die Souveränetät Gottes auf sich, ich will nicht jenen noch diese, sondern das mündige Volk. Auch ich habe einen großen Begriff von Deutschland, nehmen Sie mir den, so nehmen Sie mir meine Seele, mein sittliches Leben! (Gelächter.) Sie haben für den Ausdruck einer sittlichen Idee nur Spott und Lachen? (Präsident v. **Forckenbeck**: Ich muß bitten, sich nicht direct mit einem Theil des Hauses in Beziehung zu setzen.) Dann muß aber auch ich bitten, daß man mich ruhig sprechen läßt. Durch die Annahme der Verfassung wird es zu argen Dingen kommen, an denen ich keinen Antheil haben will. Vor dieser Gefahr warne ich durch mein Votum, es soll sie vermindern, nicht vermehren. Ich schließe mit den Worten des Dichters: „Den Sclaven, der die Kette bricht, den freien Mann, den fürchte nicht!

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt, dagegen die Vertagung beschlossen. Es folgen einige **persönliche Bemerkungen**. Abg. **Waldeck** verwahrt sich gegen den Vorwurf v. **Unruh's**, daß er nicht Deutschland, sondern immer nur Preußen kenne, durch den Hinweis auf sein ganzes politisches Leben; niemals habe er aber die Einheit von der Freiheit getrennt. Die Calculaturarbeit des Reichstages sei wichtig, aber nicht mit dem Budgetrecht zu verwechseln.

Abg. **Wagener**: Schon längst habe er darauf verzichtet mit dem Abg. Michelis ernsthaft zu discutiren. Er habe dem Volke nicht den Kopf abgesprochen, sondern nur gesagt, daß die Massen durch den Magen und das Herz geleitet würden. Ein Volk ohne Verstand kenne er nicht, daß es Menschen ohne Verstand giebt, habe er immer gewußt. (Heiterkeit.) Abg. **von Unruh** bemerkt, er habe nur den Unterschied der Parteistellung Waldecks von der Jacobys bezeichnen wollen.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Berlin, 7. Mai. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat dem Kammerherrn **Ewald von Kleist** auf Wendisch-Tychow im Kreise Schlawe den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit dem Johanniter-Kreuz, dem fürstlich Solms-Braunfels'schen Geheimen Rath **Wilhelm Hofmann** zu Braunfels im Kreise Wetzlar den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Bürgermeister **Eberhard**, dem Stadt-Baumeister **Eydt** und dem königlich großherzoglichen Hauptmann und Commandanten der Gendarmerie **Crespin**, sämmtlich zu Luxemburg, sowie dem Commercien-Rath **Johann Peter Fremerey** zu Eupen den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Feldwebel-Sergeanten **Roeßler** und dem Feldwebel-Unteroffizier **Doering** der Schloß-Garde-Compagnie und dem Maurermeister **Feilhauer** zu Neisse den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem Förster **Rademacher** zu Wolfshagen im Kreise Schlawe das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Sergeanten **Schroeder** vom Garde-Festungs-Artillerie-Regiment und dem Schiffer **Balthasar Molberg** zu Unkel im Kreise Neuwied die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den früheren Gesandten am kurfürstlich hessischen Hofe, General-Lieutenant z. D. **von Roeder**, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft ernannt.

Der Eisenbahn-Bau-Conducteur **Göring** zu Hannover ist zum königlichen Eisenbahn-Baumeister ernannt und demselben die Eisenbahn-Baumeisterstelle bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu Berlin verliehen worden.

Berlin, 7. Mai. [**Se. Majestät der König**] nahmen heute die Vorträge der Hofmarschälle, des Militär-Cabinets und militärische Meldungen im Beisein des Gouverneurs entgegen und ertheilten dem nach Florenz abreisenden Legationsrath von Bernhardi Abschieds-Audienz. Darauf empfingen Se. Majestät der König den Kriegsminister v. Roon und dinirten in Charlottenburg bei Ihrer Majestät der Königin-Wittwe. (St.-Anz.)

= **Berlin**, 7. Mai. [**Kriegerische Stimmung. — Die Debatte im Abgeordnetenhause. — Aus den Fractionen.**] Seltsamer Weise ist gerade am heutigen Tage, dem Beginn der Londoner Verhandlungen, die Stimmung hier kriegerischer als seit Wochen. Die Gerüchte von baldigem Pferdeausfuhr-Verbot, Mobilisirung der Artillerie ꝛc. treten wieder in den Vordergrund; aus welcher Veranlassung, ist schwer zu sagen; denn auch nicht annähernd ist doch wohl heute schon von einem Ausgange der Conferenz zu sprechen. Ich habe bereits mitgetheilt und bleibe dabei stehen, die Regierung wird nur dann zu Rüstungen schreiten, wenn sie die Ueberzeugung gewinnt, daß es mit der Abrüstung in Frankreich nicht völliger Ernst ist, und ich möchte keine Bürgschaft für die Behauptung übernehmen, daß die Regierung diese Ueberzeugung bereits gewonnen hat, vielmehr möchte ich auch heute noch für gerathen halten, alle jene Gerüchte mindestens mit Vorsicht aufzunehmen. — Wie man hört, ist der diesseitige Militärbevollmächtigte in Paris Major v. d. **Burg** (wohl derselbe, welcher sich an der mexican. Expedition betheiligt hat) nach London gegangen, um dem preuß. Botschafter Hrn. **Bernstorff**, wohl nur so weit militärisch-technische Fragen zur Sprache kommen, zu assistiren. — Der zweite Bevollmächtigte Luxemburgs neben Herrn v. Tornaco ist ein Hr. **Servais**, Vicepräsident des Staatsrathes und des Appellhofes von Luxemburg. Es erhält sich übrigens die Ansicht, daß die Conferenz nur von sehr kurzer Dauer sein wird. Im Abgeordnetenhause wird man die Luxemburger Angelegenheit entschieden nicht zur Sprache bei der Debatte über die Verfassung kommen lassen, möglich, daß man sich dabei von dem Umstande hat bestimmen lassen, daß die Sache in ihrem jetzigen Stadium am wenigsten geeignet ist, Gegenstand parlamentarischer Erörterungen zu werden. — Die heutige Debatte des Abgeordnetenhauses ist noch nicht zu einem Resultate gelangt, die Ablehnung der Schlußanträge und die große Reihe der Redner, die noch gemeldet sind, läßt fast hoffen, daß man wenigstens eine Special-Debatte nicht belieben wird. Was wäre denn noch zu sagen, was noch nicht vorgebracht worden? Die Gründe für und wider sind in der That in erschöpfender Weise erörtert worden, die ewigen Wiederholungen sind tödtlich ermattend. Die Linke hat heute in **Virchow** und **Schulze-Delitzsch** wirklich recht gediegene und geistvolle Vertreter ihres Standpunktes, aber auch sie sagten nichts Neues, und Unruh's Rede war von einer Breite der Ausführung, welche seiner Sache eher schädlich als nützlich war. Noch eclatanter als im Reichstage documentirten die Redner der Rechten hier, die Abg. **Wagener** und v. **Gerlach-Gardelegen**, die völlige Verkommenheit und Impotenz der hochconservativen Partei. Wagener griff zu der alten Manier parlamentarischer Klopffechter, indem er die Gegner persönlich angriff, statt sie sachlich zu widerlegen, und Herr v. **Gerlach** mit seinen „concreten Menschen" und deren Ableugnung, da die Menschheit wisse, daß „der Klapperstorch die Kinder nicht bringe", mit seinem Wunsche, daß bei der allgemeinen directen Wahl wie beim Militär nur „die Gradbeinigen" zugelassen, „die X-Beinigen und die Krampfadrigen" ausgeschlossen würden,

mit seinem Gleichniß vom „Pflaumenmus und Rhabarber", Herr v. Gerlach sprach wohl nur zur Belustigung des Hauses oder für die Witzblätter. Was mag wohl der Historiograph dieser Zeit einmal in den Geschichtsbüchern von solchen parlamentarischen Verhandlungen, von solchen Mitgliedern eines preußischen Abgeordnetenhauses zu sagen wissen!! — — Wie es heißt, wird eine ausdrückliche Vertagung des Abgeordnetenhauses auf 21 Tage zur zweiten Lesung des Entwurfes der norddeutschen Bundesverfassung nicht erfolgen, sondern die Sitzung einfach nur nach jener Zeit anberaumt, die Zwischenzeit aber zu anderen Verhandlungen benutzt werden. — In der Fraction des linken Centrums zeigen sich vielfache Meinungsverschiedenheiten; viele Mitglieder wünschen eine entschiedenere Haltung der Fraction, einen engeren Anschluß an die Linke. In einer heute Abend stattfindenden Sitzung dürfte sich diese Stimmung insofern consolidiren, daß eine Anzahl von Mitgliedern, an ihrer Spitze der Abg. **Harkort**, ihren Entschluß ankündigen wollen, sich der Fortschrittspartei anzuschließen.

➳ **Berlin**, 7. Mai. [Die Stellung der Conferenz-Mächte. — Die Rüstungen Frankreichs. — Die Reise des Königs.] In mehreren Zeitungen wurde gemeldet, Frankreich habe den Zutritt Italiens und Belgiens zur Londoner Conferenz beantragt, worauf die übrigen Großmächte ihre Zustimmung ertheilt. Diese Mittheilung ist, wie aus hiesigen stets wohlunterrichteten Kreisen verlautet, nur zum Theil richtig. Die nachstehende Darstellung dürfte die richtigere sein. Schon bei Feststellung der Basis, auf welcher die Verhandlungen an der Themse heute eröffnet sind, zeigten sich England und Rußland im Allgemeinen den Anschauungen Preußens zugeneigt, und in den Tuilerien mochte man wohl erkannt haben, daß die englischen und russischen Diplomaten nicht abgeneigt seien, gegen französische Expansionslust eine europäische Garantie zu vereinbaren. Selbst für den Fall also, daß Frankreich auf die Gefälligkeit des Herrn **von Beust** unbedingt zählen konnte, und selbst wenn Holland seine Schuldigkeit gegen den Geschäftsfreund that, so war die Partie doch zu ungleich. Deshalb schlug das Tuilerien-Cabinet Italien als Theilnehmer an der Conferenz vor, weil es der Unterstützung dieses finanziell von Frankreich abhängigen Staates sicher war; **Preußen acceptirte diese Proposition, schlug aber seinerseits vor, Belgien, als nahe interessirt, ebenfalls zu den Berathungen heranzuziehen.** Hieraus dürfte unzweifelhaft hervorgehen, daß man hier der Unterstützung dieses Staates sicher zu sein glaubt. — Mit Ausnahme der Einberufung der Reserven dauern die Rüstungen in Frankreich (wie hier eingegangene briefliche Mittheilungen glaubwürdiger Personen übereinstimmend melden) ungestört fort; doch wird man wohlthun, hierin keine unmittelbar kriegerischen Vorkehrungen zu sehen, sondern diese Vorbereitungen unbefangen zu überblicken. Es wird übereinstimmend gemeldet, daß in den französischen Festungen nirgends solche Vertheidigungsarbeiten ausgeführt werden, welche für den Fall eines Krieges geboten erscheinen. Wo überhaupt an Festungs-Werken gearbeitet wird, gilt es, grobe Vernachlässigungen gut zu machen, welche durch die französ. Argonautenzüge verschuldet waren. Die **Möglichkeit** eines Krieges mit Deutschland, die plötzlich drohend vor Frankreich stand, hat das Kriegsministerium bewogen, das Versäumte einzuholen. Dasselbe gilt von den Cadres der Truppen, die mit Ausnahme der Garde fast nirgends vollzählig waren; sowie von den Arbeiten in Zeughäusern, Arsenalen und Pulvermühlen, in welchen allerdings lebhafte Thätigkeit herrscht. — Nur aus dem Ankaufe einer ungewöhnlich großen Anzahl von Pferden könnte man mit Recht auf die Absicht der französischen Regierung schließen, **trotz** der Conferenzen demnächst „Eins mit uns zu wagen". — Jedenfalls ist man hier auf alle Eventualitäten bestens vorbereitet, so daß in zwanzig Tagen unsere Armee schlagbereit am Rheine stehen könnte. — Die Nachricht einzelner Zeitungen, daß die Reise des Königs nach Paris aufgegeben sei, ist gänzlich unbegründet; es wird vielmehr an gut unterrichteter Stelle wiederholt versichert, daß, wenn nicht der politische Horizont sich schwer bewölkt, König und Kronprinz die französische Hauptstadt besuchen werden.

[Entlassung.] Auch der wegen des Cornyschen Mordes verhaftete Schauspieler Kauffmann ist am 4. d. M. aus dem Gefängniß entlassen worden, so daß nunmehr jeder Anhalt eines Verdachtes geschwunden scheint.

[Der Abg. Lasker] hat an den Vorstand des 4. Berliner Wahlbezirks z. H. des Herrn Fabrikanten Elster folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, 4. Mai 1867.

Sehr geehrte Herren!

Mit tiefem Bedauern habe ich aus den öffentlichen Blättern und Ihrer Zuschrift Kenntniß erhalten, daß eine Anzahl Wahlmänner, von denen wahrscheinlich Viele bei der letzten Wahl zum Abgeordneten für mich gestimmt, zu dem Ausdrucke sich vereinigt haben, daß sie nicht mehr in politischer Uebereinstimmung mit meinem Verhalten sich befinden. Bei den völlig veränderten Verhältnissen, den schwierigen und unvorhergesehenen Fragen, welche seit den letzten Abgeordnetenwahlen sich entwickelt haben, mußte ich, wie fast jeder andere Abgeordnete des Landes, darauf gefaßt sein, unter allen Umständen mit einem Theile der Wahlmänner und Urwähler außer Uebereinstimmung zu gerathen. Gesetzt, ich hätte den vollen Beifall der am 30. April versammelt gewesenen Herren erworben, so würde mir wahrscheinlich bei Vielen der in weit überwiegender Mehrheit abwesenden Wahlmänner, welche gleichfalls für mich gestimmt, in derselben Weise, wie jetzt bei jenen Herren, die politische Uebereinstimmung gefehlt haben. Ich aber durfte meine Pflicht als Abgeordneter nicht anders als nach meiner Einsicht und Ueberzeugung ausüben.

Die nächsten Wahlen, denen die Wahlmänner nicht minder als die Abgeordneten unterliegen, werden in jedem Wahlbezirke zwischen den widerstreitenden Meinungen entscheiden und den gesetzlich ausgedrückten Willen der Mehrheit werden wir beiderseits unbedingt und ohne Vorbehalt anerkennen. Inzwischen beruhigt mich das Bewußtsein, daß ich mit mir selbst in gewissenhafter Uebereinstimmung und den Grundsätzen treu geblieben bin, welche ich auch vor der Wahl wiederholt öffentlich und vor meinen Wählern ausgesprochen habe.

Bekannt ist Ihnen, meine Herren, als Mitgliedern des Vorstandes, wie lebhaft ich zur rechten Zeit gewünscht habe, in der Mitte meiner Wähler über die Thätigkeit im Abgeordnetenhause Rechenschaft abzulegen. Als im Herbst vorigen Jahres der Landtag vertagt worden, habe ich zweimal, unmittelbar nach der ersten und sodann vor Beginn der zweiten Hälfte der Session, den Vorstand gebeten, zu diesem Zwecke eine Versammlung der Wahlmänner zu berufen. Damals schon war meine Stellung innerhalb der neuen Situation offenkundig, ich hatte sie in Reden und Abstimmungen bethätigt, und die Richtung meiner ferneren Wirksamkeit war deutlich und genau so vorgezeichnet, wie ich sie später befolgt habe. Beide Male wurde ich abschläglich beschieden. Von der Versammlung aber, welche nach Ablauf von Monaten seit dem Schlusse des Landtages am 30. April abgehalten wurde, hatte ich keine Kenntniß, bis ich zufällig an demselben Tage erfuhr, daß für den Abend die Wahlmänner durch Zeitungsinserate zusammenberufen seien. Sie werden mich also der Schuld nicht zeihen, daß ich es an der gebührenden Rücksicht gegen meine Wähler hätte fehlen lassen. Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ergebener **Lasker.**

Insterburg, 4. Mai. [In der letzten Stadtverordneten-Sitzung] hob die Versammlung den früher gefaßten Beschluß in Betreff der Eintragungen in den Etat der Polizei-Verwaltung auf und beschloß, da dessen Fassung zu Mißverständnissen geführt, in dieser Angelegenheit Folgendes: „Die Commune ist zur Tragung der gegen das von der königlichen Regierung genehmigte Gehalt des Polizei-Inspectors mehr geforderten Etatssumme gesetzlich nicht verpflichtet. Die Stadtverordneten halten die ganze Angelegenheit nach Bestätigung des erwählten Polizei-Inspectors für erledigt und haben das Gehalt desselben, wie die Gehälter der Polizei-Sergeanten im Etat nach dem Entwurfe des Magistrats bewilligt. Sie erhalten von der abweichenden Ansicht der königl. Regierung erst durch diese Vorlage Kenntniß und fällt ihnen im Sinne des § 78 der St.-O. weder eine Unterlassung noch Verweigerung zur Last. Da der Magistrat den Vermerk im Etat für die Polizei-Verwaltung pro 1867 einseitig und ohne die erforderliche vorherige Genehmigung der Stadtverordneten gemacht hat, so nehmen diese von demselben zwar Kenntniß, legen diesem Vermerk aber keinen anderen als einen historischen Werth bei und beantragen, falls die königl. Regierung künftig eine Erhöhung des an sich auskömmlichen Gehalts für den Polizei-Inspector beanspruchen sollte, eine besondere Vorlage. . . . . In keinem Falle dürfen die der Versammlung zustehenden Rechte durch jenen Vermerk im Etat irgendwie präjudicirt werden und wird der Schutz der königl. Regierung anzurufen sein, falls der Magistrat ein ähnliches Verfahren wiederholen sollte."

Hierauf nahm der Vorsitzende Herr **Guttmann** das Wort zu folgender Erklärung: „Ich bin durch den Bericht unserer Deputation und durch andere Ereignisse der letzten Zeit zu der für mich betrübenden Ueberzeugung gelangt, daß an maßgebender Stelle das Wohlwollen gegen die Commune nach dem mehr oder minder genehmen Standpunkte bemessen werden könnte, den die einzelnen Personen in der städtischen Vertretung einnehmen. Die gewissenhafteste Vertretung der städtischen Rechte, ja jede abweichende Ueberzeugung, an die Personen geknüpft, erscheint dadurch leicht in der Färbung einer müßigen und tendenziösen Opposition. Das Amt des Vorstehers dieser Versammlung ist mir in fünfmaliger, einstimmiger von jeder Parteirücksicht freier Wahl übertragen. Ich habe dasselbe in der reinen Absicht übernommen, unserem Gemeindewesen zu nutzen. Indem in mir Zweifel darüber entstehen, ob meine Kräfte und mein Wille die Nachtheile aufzuwiegen vermögen, welche der Commune dadurch entstehen müßten, wenn die Ungunst der Personen auf die Sachen übertragen würde, ist es Pflicht, mein Amt in die Hände der Stadtverordneten-Versammlung zurückzugeben." Herr Guttmann war durch die Versammlung nicht zu bewegen, sein Amt fortzuführen und da sein Stellvertreter nicht anwesend war, so wurde die Sitzung geschlossen. (Inst. Ztg.)

Hamburg, 6. Mai. [Die Anträge] von Reservepflichtigen auf Entlassung aus dem Militärverbande behufs Auswanderung sollen neuerdings so sehr sich vermehrt haben, daß bei Gewährung aller kaum die unter allen Umständen bereit zu haltenden Completirungs-Mannschaften übrig bleiben möchten. Nach der „Z. f. N." soll daher, zufolge Verfügung des General-Gouvernements, vorerst nur (abgesehen von besonders dringlichen Fällen) den Entlassungswünschen Derjenigen nachgegeben werden, welche bereits fünf Jahre ihrer Dienstpflicht hinter sich haben, also in den zwei letzten Reservejahren stehen. (Die Auswanderungslust regt sich dies Frühjahr besonders stark; so z. B. auch in Böhmen, Norwegen und Oldenburg.)

Düsseldorf, 5. Mai. [Oberprocurator v. Ammon] ist auf seinen Antrag in Ruhestand versetzt worden und wird Ende Juli d. J. aus seinem Amte ausscheiden. (Rh. Z.)

⊙ **Dresden**, 7. Mai. [Steuern. — Geschäftslosigkeit.] Heute hat die zweite Kammer, mit Ausnahme des Stempelsteuerzuschlags, sämmtliche Vorlagen der Regierung wegen Steuererhöhung genehmigt, so daß nunmehr Einnahme und Ausgabe pro 1867 ins Gleichgewicht gebracht sind, die Erhöhung der Gewerbe- und Personalsteuer beträgt $^{8}/_{10}$ eines vollen Jahresbetrags, während die Grundsteuer nur mit 2 Pf. Zuschlag pro Steuereinheit belastet wird. Die Vertreter der Industrie sowie der Städte suchten zwar in der Kammer den Minoritätsantrag der Finanzdeputation durchzusetzen, wonach die Grundsteuer pro Einheit mit 3 Pf., die Gewerbe- und Personalsteuer mit $^{6}/_{10}$ ihres bisherigen Betrags erhöht werden sollte, allein vergeblich, denn die Herren vom Lande bilden die Majorität der Kammer und wissen diesen glücklichen Umstand auch für sich und ihre Geldbeutel glücklich auszunutzen. Dafür nehmen sie denn auch gern von gegnerischer Seite so manches strenge Urtheil über ihre Rechtsbeständigkeit mit in den Kauf. Die Klagen der Industriellen über Geschäftsstille waren heut in der Kammer sehr allgemein. Der Chemnitzer Abgeordnete versicherte, daß, während im vorigen Jahre $^{3}/_{5}$ der dortigen Etablissements des Krieges wegen gefeiert, augenblicklich $^{7}/_{8}$ derselben stillständen. Die drohende Kriegsgefahr bezüglich der Luxemburger Frage habe alle Bestellungen und Aufträge aus Frankreich, Italien, der Schweiz rc. rückgängig gemacht. Uebrigens herrscht gerade unter unseren Industriellen gar kein Glaube an eine friedliche Lösung der Luxemburger Frage; sie rechnen mit ziemlicher Bestimmtheit darauf, daß im Laufe der nächsten Woche die Londoner Conferenz resultatlos auseinandergehen werde. Frägt man nach den Ursachen dieses Glaubens, so versichern sie, genaue Barometer zu haben, durch welche sie vor jedem Unternehmen gewarnt würden.

Offenbach, 4. Mai. In einer gestern hier abgehaltenen allgemeinen Bürgerversammlung wurden dem „Fr. J." zufolge auf Vorschlag des Herrn Böhm zwei Resolutionen, eine Friedensadresse an das französische Volk, die andere auf den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund Bezug nehmend, nach einer beredten Empfehlung durch den Abgeordneten Metz einstimmig angenommen. Die beiden Resolutionen, deren erste dem Pariser „Temps" zur Veröffentlichung übersandt werden soll, lauten:

I. Die heutige Versammlung von Bewohnern der Stadt Offenbach spricht ihre Freude über die Bewegung aus, welche sich im Schooße des französischen Volkes, trotz aller Hetzereien, für Erhaltung des Friedens zwischen der deutschen und französischen Nation kräftigst geltend macht. Sie erklärt aus vollem Herzen, daß die Verhinderung des Krieges zwischen Frankreich und Deutschland ein Gebot des Rechts und der Sittlichkeit sei, um mit Erhaltung des Friedens die materielle und politische Entwickelung Europa's und somit der Menschheit im Geiste des Fortschritts und im Sinne der Freiheit und der Verbrüderung der Nationen zu fördern. Die heutige Versammlung von Bewohnern Offenbach's ist überzeugt, daß das französische Volk nach seinem ritterlichen und edlen Charakter keinerlei Anforderungen und Ansprüche unterstützen wird, welche der Ehre und Integrität der deutschen Nation zu nahe treten, und versichert ebenso, daß kein Vernünftiger in ganz Deutschland der französischen Ehre und der Integrität Frankreichs entgegenzutreten beabsichtigt.

II. Die heutige Versammlung von Bewohnern der Stadt Offenbach erklärt es als das höchste materielle und politische Interesse des Großherzogthums, baldigst ganz in den norddeutschen Bund einzutreten und hiermit die übrigen süddeutschen Staaten zu dem gleichen Eintritt zu veranlassen, auf diese Weise aber den norddeutschen Bund in einen wahren nach außen kräftigen und nach innen freien deutschen Bundesstaat baldigst umzuwandeln.

Oesterreich.

Agram, 6. Mai. [Zur Vereinigung Croatiens mit Ungarn.] Das Resultat der dieser Tage abgehaltenen vertraulichen Conferenzen wurde dem Landtags-Club zur Kenntniß gebracht. Der Inhalt des diesbezüglichen Beschlusses lautet: Der vom gewesenen Hofkanzler Mazuranic ausgehende Vorschlag (als Majoritätsantrag der vereinten Nationalen) wird in den Landtag eingebracht werden. Der von einem Mitgliede der national-liberalen Partei angeregte Resolutions-Antrag auf einfache Ablehnung der königlichen Vorlage und des ungarischen Landtagsbeschlusses wurde im Adreß-Comite zurückgezogen. Der Majoritätsantrag der Landtagscommission wird darin bestehen, der königlichen Vorlage, betreffend die Beschickung des Krönungslandtages, zu entsprechen, daß eine mit bindender Instruction versehene Delegation des croatisch-slavonischen Landtages mit einer gleichen Delegation des ungarischen Landtages zuerst die Fassung des auf unser Königreich bezüglichen Inhalts des Inaugural-Diploms unter vollständiger Gewährleistung des Art. 42 vom Jahre 1861 vereinbart, und daß, wenn die Delegationen des croatisch-slavonischen Landtages dem Agramer Landtage darüber befriedigenden Bericht erstattet und dieser die Vereinbarung genehmigt hat, Croatien und Slavonien den Krönungslandtag zu beschicken bereit sei.

Frankreich.

Paris, 5. Mai. [Mögliches Scheitern der Einigung.] In der „Revue financière" heißt es: „Das projectirte und im Grundsatze angenommene Uebereinkommen bietet folgende (für die französische Anschauung) **Uebelstände**: Zunächst kann die Einigung verhindert werden durch die von Preußen geforderte Geldentschädigung für die von dem aufgelösten Bundestage auf die Festung verwendeten **Kosten** . . . . Ferner für das **Schleifen** der Festungswerke, eine ziemlich lange und kostspielige Arbeit, von der vermuthlich keiner die Kosten wird tragen wollen. Endlich . . . . bleibt das einzige Hilfsmittel zur Fortexistenz der armen Luxemburger der Wiedereintritt in den **Zollverein**! Im Grunde kommt der ganze Vortheil der jetzigen Verhandlungen **Preußen** zu, das, Theil nehmend an einer Conferenz sämmtlicher Großmächte, hierin wenigstens eine indirecte Anerkennung der in Deutschland vorgenommenen Aenderungen finden wird. Der wahre Nachtheil ist für Frankreich, das seine Rechte (?!) aus der Abtretung des Großherzogs und dem unzweifelhaften Votum der Bevölkerung **aufgiebt**. Und doch, wie die Sachen liegen, sehen wir keinen anderen Ausweg." (Frankreich „giebt seine Rechte auf aus der Abtretung", — die aber freilich rechtlich noch nicht vollzogen war! Eine allerliebst bescheidene Wendung!)

Osmanisches Reich.

Bukarest, 6. Mai. [Fürst Carl] ist heute in Begleitung des Ministers Golesco nach Crajowa gereist, um die kleine Walachei zu besuchen.

Miscellen.

G. **Ländlich, sittlich.** Dr. Hayes, welcher als Arzt an der Polar-Expedition von E. K. Kane in der Zeit vom 30. Mai 1853 bis zum 11. October 1855 theilgenommen hatte, fand unter Amerikanern so viel hilfreiche Gönner einer ähnlichen Expedition, daß er dieselbe am 6. Juli 1860 beginnen konnte. Er kehrte um die Mitte October 1861 nach Boston zurück und jetzt erst ist der Bericht von seiner höchst gefahrvollen Reise erschienen. In dem Port Foulke überwinterte die Expedition vom 6. September 1860 bis 14. Juli 1861 im 78° 17½' n. Br. und von hier aus unternahm der kühne Hayes zwei Ausflüge, den einen zu Fuß auf furchtbaren Gletschern gegen 18 deutsche Meilen in das Innere Grönlands, den andern mit Schlitten und Hund auf festgefrorenem Meere bis zum 81° 35' n. Br. Kane hatte einen Eingebornen aus den südlichen Ansiedlungen Grönlands mitgenommen, der bei der Expedition zwei Jahre ausharrte, sie aber dann verließ, weil er sich in eine der zarten Schönen unter den wilden Eskimos verliebt hatte. Hayes hatte ganz recht vermuthet, daß sich Hans, so hieß der Grönländer, unter seinen neuen Umgebungen nicht wohl fühlen und gern nach seiner Heimath zurückkehren würde. Er hoffte ihn in der Gegend des Cap York zu finden und fuhr daher möglichst in der Nähe der Küste. Auf dieser erschien denn auch Hans und mit ihm seine Frau, den Erstgeborenen in einer Kapuze auf dem Rücken, deren zwölfjähriger Bruder mit prächtigen Augen und ihre Mutter, eine alte, sehr schwatzsüchtige Dame. Hans war eine eben solche Schmutzfinke wie die übrigen Eskimos in dem sechsjährigen Zeitraume geworden. Die ganze Gesellschaft war in Felle gekleidet. Der Grönländer wäre auch ohne Weib und Kind davongegangen, allein Hayes nahm auch diese auf, Mutter und Bruder dagegen blieben bei einem kleinen, gegen 20 Köpfe zählenden Stamme zurück. Hans war am Bord des Schiffes außer sich vor Freude und gab dies, so weit es seine Beschränktheit zuließ, in Worten zu erkennen. Sein Weib, Merkut, kurz und dick und eine von den hellfarbigeren unter den Schönheiten der unvermischten Wilden ihrer Heimath, erschien anfangs verwirrt, aber sie zeigte sich auch stolz darüber, daß sie gewürdigt worden war, in solche neue Verhältnisse zu treten; der kleine Junge schrie, wie dies die Kinder aller Nationen zu thun pflegen, manchmal aus Leibeskräften, dann lachte er wieder, während die Mutter in einem ununterbrochenen Grinsen verharrte. Die Matrosen machten sich nun mit Kübeln warmen Wassers, mit Seife, Scheere und Kamm über die drei her. Anfangs machte ihnen Waschen und Kämmen großen Spaß, dann aber begann das Weib zu schreien und fragte Hans, ob das ein religiöser Brauch der Weißen sei. Man sah es ihr an, daß sie sich einer Art von christlicher Tortur unterworfen glaubte. Bald jedoch stolzirte die Familie in neuen Kleidern, namentlich hoch erfreut über die rothen Hemden, auf dem Deck umher. Der 10 Monate alte Junge, Pingasuk (der Hübsche) genannt, wußte täglich aus dem elterlichen Zelte auf dem Deck zu entschlüpfen, um mit größtem Behagen außen umher zu kriechen. Ausführliches über die letzten Polar-Expeditionen findet man in Petermann's Mittheilungen 1867 S. 176 ff.

—* [Ueber das Luther-Denkmal in Worms] entnehmen wir dem Ausschußberichte für den Zeitraum vom Juni 1865 bis April d. J. folgende Mittheilungen: Nach zwölfjähriger Mühe und Arbeit soll, das Werk, dessen Ausführung hauptsächlich durch die Unterstützung des deutschen Volkes möglich geworden, im Juni 1868 vollendet sein. Schon ist das Fundament vor dem Neuthore an der städtischen Promenade gelegt, und im Laufe dieses Sommers werden die in **Bayreuth** angefertigten Granitarbeiten (Unterbau, Stufen, Postament und Zinnenmauer) aufgestellt. Die sämmtlichen Bildhauerarbeiten nach **Rietschel's** Entwurf umfassen 12 Statuen, 8 Portrait-Medaillons, 34 Wappen und 22 Fuß Reliefs. Als der Meister starb, hatte er erst zwei Modelle (Luther und Wiclef) vollendet. Seitdem haben die Herren Doundorf und Kietz die weiteren Modelle angefertigt und an die Gießerei im Lauchhammer abgeliefert. Rückständig sind jetzt nur noch zwei Städtefiguren (Augsburg und Speyer) und die vier Seiten Reliefbilder aus Luther's Leben. Herr Schilling in Dresden hat die Modellirung der Figur „Speyer" übernommen. Fertig gegossen stehen bereits Luther, Wiclef, Huß, Savonarola, Reuchlin, Petrus Waldus, Melanchthon (noch nicht ganz ciselirt), Kurfürst Friedrich von Sachsen, Landgraf Philipp von Sachsen und die Städtefigur „Magdeburg". Wie der Rechnungsabschluß vom 18. Januar d. J. nachweist, waren bis dahin 106,964 Fl. verausgabt, während die Einnahme an Beiträgen und Gewinn aus dem Bilderverkaufe 179,722 Fl. betragen hatte. Von dem bei F. A. Brockhaus in Leipzig in einer Auflage von 60,000 Exempl. erschienenen Kunstblatt sind noch 10,000 Exemplare vorhanden.

—* [Ein Opfer von Königgrätz", Dichtung von Heinrich **August**, herausgegeben zum Besten des Sergeanten **Weber** vom 67. Infanterie-Regiment in Wittenberg. Leipzig, Verlag von Theodor **Lißner** 1867.] Wie der Verfasser in einer Vorbemerkung sagt, entstand diese Dichtung unter dem Eindrucke des Aufrufs, welcher Anfangs März d. J. zu Gunsten des in der Schlacht bei Königgrätz so unglücklich verwundeten Kriegers erschienen war. **Weber** ist durch eine feindliche Kugel seines Augenlichtes beraubt und dies traurige Geschick hat der Dichter ergreifend wiedergegeben. Möge die Schrift nach dem Wunsche ihres warm empfindenden Verfassers zum Glücke des Schwergeprüften und seiner treuen Lebensgefährtin ein Scherflein beitragen und vor Allem das Mitgefühl deutscher Herzen erwecken, daß sie nie vergessen, was die Nation den **Helden aus dem Volke** schuldig ist, denen keine glänzenden Dotationen beschieden sind.

Provinzial-Zeitung.

Breslau. In der Sitzung des Vereins für Geschichte und Alterthümer Schlesiens, am 3. April, hielt Herr August **Mosbach** Vortrag „**über das Ausscheiden des Breslauer Bisthums aus dem Metropolitan-Verbande des Erzbisthums Gnesen.**" Bekanntlich wurden im J. 1000 die neu errichteten polnischen Bisthümer Breslau, Krakau und Kolberg (in Pommern) dem in demselben Jahre gestifteten Erzbisthum Gnesen unterstellt. Die Erzbischöfe von Gnesen bestätigten als Metropoliten ihre Suffragane, letztere erschienen auf den von den Erzbischöfen von Gnesen berufenen Provinzial-Synoden zur Berathung über gemeinsame Angelegenheiten entweder in Person oder ließen sich im Verhinderungsfalle durch ihre Procuratoren vertreten. Peter Nowak († 14 6) soll der letzte Bischof von Breslau gewesen sein, der seine Consecration von einem Erzbischof von Gnesen empfing. Der Vortragende führte alle polnischen Provinzial-Synoden an, auf denen die Breslauer

Bischöfe oder deren Stellvertreter inmitten der übrigen zur Gnesener Kirchenprovinz gehörigen Bischöfe erschienen. So viel bis jetzt nachgewiesen werden kann, war es im Jahre 1561 das letzte Mal, daß der Vertreter des Bischofs von Breslau einer polnischen Provinzial-Synode, die damals in Warschau abgehalten wurde, beiwohnte, in dem Bischof Balthasar von Promnitz, der zugleich Ober-Landeshauptmann von Schlesien war, zufolge der vom Erzbischof von Gnesen und Primas von Polen Johann Przerembski an ihn ergangenen Aufforderung, den Breslauer Canonicus, Dom-Custos Dr. theol. Adam Montanus als Legat in seinem, des Breslauer Dom-Capitels und der gesammten schlesischen Geistlichkeit Namen nach Warschau schickte. Zwar bemühte sich Kaiser Karl IV. den Papst Clemens VI. zu veranlassen, das Bisthum Breslau von Gnesen zu trennen und dem im Jahre 1341 errichteten Erzbisthum Prag zu untergeben. Doch nicht allein der König Kasimir von Polen durchkreuzte die Pläne Karls, sondern selbst das Breslauer Dom-Capitel widerstrebte dem Wunsche des Königs von Böhmen und Oberlehnsherrn Schlesiens. Zwei Jahrhunderte später, als Schlesien sich unter österreichischer Oberherrschaft befand, versuchte Kaiser Ferdinand I., im Anfange des Jahres 1562, bei Papst Pius IV. die Lostrennung der Diöcese Breslau von dem Gnesener Sprengel zu bewirken. Doch gelang es dem Könige Siegmund August von Polen, die Bestrebung seines Schwiegervaters zu vereiteln. Auch suchten sich mehrere Breslauer Bischöfe und ihre Capitel der geistlichen Oberhoheit ihrer Gnesener Metropolitane zu entwinden. Bischof Martin Gerstmann beschickte zwar nicht die Petrikauer Provinz-Synode vom Jahre 1578, doch nahm er und sein Capitel die vom Papste bestätigten Petrikauer Synodal-Statuten an, publicirte dieselben auf der Diöcesan-Synode, die am 1. September 1580 in Breslau eröffnet wurde, und sprach sich in seiner Eröffnungsrede dahin aus, man müsse sich nach der Gnesener Metropolitankirche richten (conformare) und schmiegen (componere). Obgleich nun auf den folgenden Gnesener Provinzial-Synoden von 1607, 1621, 1628 und 1634 weder die Breslauer Bischöfe noch deren Procuratoren erschienen, so waren die Erzbischöfe von Gnesen, besonders Gębicki und Wężyk, doch keineswegs gesinnt, auf ihre Oberhoheit über das Breslauer Bisthum zu verzichten und dasselbe aus ihrem Metropolitanverbande zu entlassen. Weder Bischof Karl, Erzherzog von Oesterreich, noch dessen Nachfolger, Karl Ferdinand, Prinz von Polen, in Uebereinstimmung mit dem Breslauer Capitel, leisteten den Aufforderungen der genannten beiden Erzbischöfe, auf den Provinzial-Synoden zu erscheinen, Folge. Doch war in den vom Cardinals-Collegium bestätigten Petrikauer (1621) und Warschauer (1634) Provinzial-Synodal-Statuten der Passus enthalten, daß das Breslauer Bisthum zur Gnesener Metropole gehöre. Selbst Papst Urban VIII. († 1644) nennt in seinem auf der Warschauer Synode von 1634 gelesenen Schreiben das Breslauer Bisthum eine Gnesener Suffragankirche. — Die politischen Verhältnisse seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, sowie der Umstand, daß nach dem Tode des Prinzen Karl Ferdinand zwei österreichische Erzherzöge, Leopold Wilhelm (1655—62) und Karl Joseph (1663—64), auch Bischöfe von Breslau waren, begünstigte das Auflassen der internationalen Beziehungen zwischen Gnesen und Breslau. Doch existirt keine päpstliche Bulle, wodurch die Trennung der Breslauer Diöcese von dem Gnesener Metropolitanverbande ausgesprochen wird. Denn Papst Pius VII. erklärt in der Bulle de salute animarum vom 16 Juli 1821 nur, daß die Bisthümer Breslau und Ermeland dem päpstlichen Stuhl auf immer unterworfen sind und verbleiben sollen. Bekanntlich wurde das Bisthum Ermeland bereits in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eximirt. Der erste eximirte Bischof von Breslau aber war Emanuel von Schimonsky, wie Domherr v. Montbach im Breslauer Bisthums-Schematismus von 1857 ganz richtig bemerkt.

v. Görtz, z. Z. Präses.

---

† **Breslau**, 7. Mai. [Für den 5. Schlesischen Gewerbetag,] welcher vom 2. bis incl. 4. Juni d. J. in Brieg abgehalten werden soll, sind Programm und Tagesordnung nunmehr im Specielleren festgestellt worden. Bei dem regen Interesse, welches sich bis über die Provinz hinaus, namentlich auch in Posen und Sachsen für den Gewerbetag bekundet, dürfte es wünschenswerth sein, über Beides eingehendere Mittheilung zu machen und wir geben sie daher im Nachfolgenden. Nach dem resp. Programm findet Sonntag, den 2. Juni, Nachmittags 4 Uhr, eine Versammlung im Rathhause statt, von wo der Festzug nach dem Gewerbehause sich bewegt; um ¼5 Uhr ist dessen feierliche Eröffnung, sowie der Beginn der Gewerbe-Ausstellung in ihm und deren Besichtigung in Aussicht genommen. Abends 8 Uhr wird ein gemeinsames Festmahl im Schauspielhause die Mitglieder des Gewerbetages und dessen Ehrengäste vereinen.

Montag, den 3. Juni, Vormittags 9 Uhr, beginnen die Verhandlungen des Gewerbetages im Schauspielhause. Für dieselben ist folgende Tagesordnung aufgestellt: 1) Jahresbericht, erstattet von dem Vereins-Secretär Herrn Dr. Fiedler; 2) Beitrags-Regulirung und Statuten-Aenderung; Referent: der Schatzmeister des Vereines, Hr. Kfm. B. Milch; 3) Die Patentfrage; Referent: Hr. Gewerbeschul-Director Nöggerath in Brieg; 4) Die Erweiterung des handelspolitischen Gebietes; Referent: Hr. Hütten-Inspector Kollmann in Kattowitz; 5) Stand der gewerblichen Fortbildungsschulen in der Provinz; Referent: Hr. Dr. Thiel; 6) Ueber technische Fachschulen; Referent: Hr. Ingenieur Nippert; 7) Die im Herbst d. J. in Breslau abzuhaltende 2. Ausstellung von Zeichnungen der Schüler schlesischer Sonntags- und Fortbildungsschulen; Referent: wie bei 7.; 8) Die Arbeiterfrage; Referent: Hr. Dr. Holtze in Kattowitz; 9) Gewerbefreiheit und Freizügigkeit; Referent: Hr. Sattler-Oberältester Pracht; 10) Die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger; Referent: Syndicus der Breslauer Handelskammer, Hr. Dr. Meyer; 11) Die Wohnungsfrage; Referent: Hr. Serbin. — An den Verhandlungen haben selbstredend sämmtliche Mitglieder des Central-Gewerbe-Vereins sich zu betheiligen das Recht; an den Abstimmungen nehmen jedoch nur die Deputirten der den Central-Gewerbe-Verein bildenden Vereine Theil. Es ist sehr erwünscht, dem Ausschusse, soweit dies nicht bereits geschehen, recht bald die Namen der resp. Deputirten anzuzeigen!

Am Nachmittage des 3. Juni findet eine Versammlung im Gewerbehause behufs gemeinschaftlicher Besichtigung der Fabrikations-Säle in der königl. Strafanstalt, der Schärff'schen Fabrik und der Ausstellung in der Provinzial-Gewerbeschule statt. Der Abend soll bei Concert und Fest des Männer-Gesangvereines bei Biener's zugebracht werden.

Dinstag, den 4. Juni, werden Vormittags die Verhandlungen des Gewerbetages festgesetzt. Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Rathhause behufs gemeinschaftlicher Besichtigung der Zuckerfabrik des Herrn v. Löbbecke, der Lederfabrik des Herrn Moll, der Papierfabrik der Herren Falch, der Spinnerei des Herrn Kobrig, der Porzellan-Fabrik des Herrn Teichelmann, des städtischen Wasserhebewerks und der städtischen Gas-Anstalt. Abends 7 Uhr: Concert im Bergel. — Die Mitglieder des Gewerbetages wollen sich nach ihrer Ankunft in Brieg in das Bureau des Gewerbetages im Rathhause begeben, woselbst die Eintrittskarten in die Gewerbe-Ausstellung, die Tagesordnung 2c. ausgegeben, die Wohnungen nachgewiesen und alle weiteren Mittheilungen gemacht werden.

⊙ **Liegnitz**, 7. Mai. [Festliches.] Wir haben heute zu berichten, daß eine Betheiligung der Innungen an der am 6. Juni d. J. stattfindenden Jubelfeier unseres Königs-Grenadier-Regiments nicht stattfinden wird. Obwohl die Innungs-Vorstände ihrerseits die Theilnahme durch einen Aufzug an derselben zugesagt resp. beschlossen hatten, haben dieselben nach Anhörung der Innungs-Mitglieder in der gestern dieserhalb wiederholt abgehaltenen Conferenz die diesfallsigen gemachten Zusagen zurückgenommen. Wenn wir recht unterrichtet worden sind, so werden die Schützengilde und die Kaufmannschaft die alleinigen officiellen Festtheilnehmer sein und ihren Beschlüssen in dieser Angelegenheit treu bleiben. Bei uns erfüllt sich das im Volksmunde gebräuchliche Sprichwort: „viel Köpfe viel Sinn" und der Magistrat möchte, um in keiner Weise anstößig zu werden, wenn irgend möglich, jedem Einzelnen eine seinem besonderen Geschmack entsprechende Festlichkeit veranstalten. Die Beschlußnahme des Magistrats, die Innungen zur Theilnahme an der Jubelfeier aufzufordern und dieselbe mit dem in diesem Jahre fälligen Mannschießen zu verbinden, hat also den erwünschten Erfolg verfehlt. Das Mannschießen lassen sich die Liegnitzer so leichten Kaufes nicht entgehen; dasselbe bietet neben der Fülle an Vergnügungen einen, und das ist die Hauptsache, nicht zu unterschätzenden baaren Gewinn durch den erheblichen Zudrang einer Menge Festtheilnehmer von nah und fern. Daß die in Rede stehende Jubelfeier durch ihre besondere Eigenthümlichkeit das Mannschießen nicht ersetzt, dieselbe vielmehr lediglich einen rein militärischen Charakter annehmen wird, hat sich Jeder sagen müssen, nichtsdestoweniger war zu vermuthen, daß die Innungen ihre Theilnahme an derselben mit vollster Bereitwilligkeit bezeugen würden. Der Magistrat seinerseits würde gewiß gerne seine diesfallsigen Beschlüsse modificirt und in die Abhaltung eines Mannschießens gewilligt haben, wenn die Betheiligung der Innungen von dieser Bedingung abhängig gemacht worden wäre.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 7. Mai 10 U. Ab.	333,65	+12,0	S. 1.	Heiter.
8. Mai 6 U. Mrg.	332,32	+11,0	W. 1.	Heiter.

Breslau, 8. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 11 Z. U.-P. 3 F. 9 Z.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Gotha, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des gemeinschaftlichen Landtages beantragte der Referent Wilke, die Verfassung des Nordbundes en bloc anzunehmen. Morgen wird die Abstimmung über den Antrag erfolgen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

London, 7. Mai, Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 91⅛. 1% Spanier 31. Ital. 5proc. Rente 48¼. Lombarden 14¾ excl. div. Mexicaner 15¾. 5proc. Russen 86. Neue Russen 85. Russ. Prämien-Anleihe von 1864 —. Russ. Prämien-Anleihe von 1866 —. Silber 60¾. Türkische Anleihe 1865 28⅞. 6proc. Verein. St.-Anl. pr. 1882 71⅛. — Schönes Wetter.

Der Dampfer „City of Baltimore" ist aus Newyork in Queenstown eingetroffen.

Wien, 7. Mai. [Abend-Börse.] Credit-Actien 167, 40. Nordbahn 165, —. 1860er Loose 83, 40. 1864er Loose 74, 40. Staatsbahn 200, 50. Galizier —, —. Steuerfreies Anlehen 60, —. Napoleonsd'or 10, 52. Ziemlich günstige Stimmung.

Frankfurt a. M., 7. Mai, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. — Schluß-Course: Wiener Wechsel 89¾. Finnländ. Anleihe —. Neue Finnländ. 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe 1882 76. Oesterr. Bankantheile 640. Oesterr. Credit-Actien 151. Darmstädter Bank-Actien 190½. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterreich. Elisabetbahn 100. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahe-Bahn —. Ludwigshafen-Bexbach 142¼. Hessische Ludwigsbahn —. Darmstädter Zettelbank —. Oesterr. 5% steuerfreie Anleihe 45¾. 1854er Loose 57½. 1860er Loose 64. 1864er Loose 66¼. Badische Loose 54. Kurhessische Loose 52. 5% österreich. Anleihe von 1859 58⅝. Oesterr. National-Anleihe 51⅞. 5% Metalliques —. 4½% Metall. 37⅞. Baierische Prämien-Anleihe 95¾. — Fester schließend. Nach Schluß der Börse Creditactien 151¾, Amerikaner 76 3/16.

Frankfurt a. M., 7. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Fest und beliebt. Nationalanleihe 51¾, Credit-Actien 151¾, 1860er Loose 64, 1864er Loose 66, steuerfreie Anleihe 45¾, österr. Anleihe von 1859 58¼, Amerikaner 76⅜.

Hamburg, 7. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds schwankend bei beschränktem Geschäft, Valuten schwächer. Hamb. Staats-Prämien-Anleihe 87½. — Schluß-Course: National-Anleihe 51¾. Oesterreich. Credit-Actien 63⅝. Oesterr. 1860er Loose 62½. Mexicaner —. Vereinsbank 109½. Norddeutsche Bank 115⅞. Rheinische Bahn 106⅞. Nordbahn 85. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 84⅝. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 80¾. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 69⅝. Disconto 3 pCt.

Hamburg, 7. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco matt, nicht begehrt, ab auswärts vorherrschende Verkaufslust, ab Ostsee ohne Nachfrage, auf Termine stark weichend. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 164 Bancothaler Br., 163 Gld., pr. Aug. 148 Br., 146 Gld. Roggen pr. Mai 5000 Pfund Brutto 107 Br., 106 G. pr. Mai-Juni 105 Br., 104 Gld., pr. August 102 Br., 101 Gld. Hafer stille. Oel stille, pr. Mai 23⅞, pr. October 25⅛. Spiritus unverändert. Kaffee lebhafter und fester. Verkauft 4000 Sack Santos, 2000 diverse. Zink geschäftslos. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 7. Mai, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Fest. Middling Amerikanische 11¼, middling Orleans 11½, fair Dhollerah 9⅝, good middling fair Dhollerah 9, middling Dhollerah 8¾, Bengal 7½, good fair Bengal 8¼, Oomra 9½, Pernam 12¼, Egyptian 14¼.

Antwerpen, 7. Mai. Petroleum, raff. Type, weiß, 44 Frcs. per 100 Ko.

Berlin, 6. Mai. [Vieh.] An Schlachtvieh waren auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf angetrieben:

2288 Stück Hornvieh. Der Markt war heute so stark betrieben, wie bisher noch nicht dagewesen, wozu der bereits eingetretene Futtermangel auch beigetragen haben mag; eine Räumung des Marktes von der Waare war nicht zu ermöglichen und mußten Einbringer größere Sendungen für eigene Rechnung und Gefahr nach Hamburg ausführen; befriedigende Preise ließen sich daher nicht erzielen, da für 1. Qualität nur 16—17 Thlr., für 2. 13 bis 14 Thlr. und für 3. 8—9 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht gewährt wurden.

3099 Stück Schweine. Die heutige Zufuhr überstieg sowohl die vorwöchentliche, als auch das Bedürfniß; die eingetretene wärmere Witterung beschränkte auch die Kauflust und die Preise drückten sich dergestalt, daß beste feinste Waare nur 15 Thlr. und ordinäre 12 Thlr. pr. 100 Pfd. galt.

7108 Stück Schafvieh. Das Verkaufsgeschäft wickelte sich nur sehr langsam zu sehr deprimirten Preisen ab, da die Antriften zu reichlich auf den Markt gekommen waren, welche wegen Mangel an Export in Folge der eingegangenen ungünstigen Berichte aus England nicht sämmtlich verkauft werden konnten; 50 Pfd. Fleischgewicht Prima-Waare wurden mit ca. 7½ und 40 Pfd. mit ca. 6 Thlr. bezahlt.

819 Stück Kälber fanden mittelmäßige Preise.

△ **Breslau**, 4. Mai. [Für das correspondirende Publikum] dürfte es von Wichtigkeit sein, zu erfahren, daß Briefe nach überseeischen Ländern nach den verschiedenen Routen, auf welchen sie ihre Beförderung erlangen, ein oft sehr differirendes Porto zu zahlen haben und daß es somit häufig in der Macht des Absenders liegt, bedeutend an Porto zu sparen. — Wenn der Absender keinen Speditionsweg auf dem Briefe vermerkt, so wählt die Post den schnellsten, aber darum oft theuersten Weg. — Wir wollen hier zunächst speciell nach Amerika Briefe erwähnen, weil solche am häufigsten vorkommen. — Für einen frankirten Brief nach den vereinigten Staaten von Nordamerika mit Oregon und Californien bis zum Gewicht von 1 Loth excl. zahlt man, wenn kein anderer Speditionsweg vom Absender vorgeschrieben ist, auf dem Wege über Belgien und England 12 Sgr. Auf ausdrückliches Verlangen der Absender kann der Brief vermittelst der Bremen- oder Hamburg-Newyorker Dampfschiffe für 6½ Sgr. befördert werden. Derselbe Brief würde bei Beförderung durch die britisch-amerikanischen Briefpakete (ebenfalls auf ausdrückliches Verlangen des Absenders) 11¼ bis 21 Sgr. je nach dem Bestimmungsort kosten. Ferner könnte der Absender eines solchen Briefes das Verlangen ausdrücken, solchen über Frankreich befördern zu lassen. Der einfache Brief (für das französische Porto aber nicht 1 Loth excl., sondern nur 9/20 Loth incl.) kostet dann 10 Sgr. Es würde hiernach dem Absender zu rathen sein, in den Fällen, wo es sich um schleunige Beförderung handelt, die Route über Belgien und England zu wählen, welche Anwendung findet, wenn kein Weg vorgeschrieben ist, und 12 Sgr. zu zahlen, sonst aber auf dem Briefe zu vermerken via Hamburg oder via Bremen, in welchem Falle nur 6½ Sgr. zu entrichten sind. Ganz ähnlich ist es bei anderen überseeischen Ländern der Fall, und wir werden demnächst die Correspondenz nach Australien in dieser Weise behandeln.

Berlin, 7. Mai. Obgleich die in Paris gestern aufgetretenen Zweifel durch das Telegramm, das den Zusammentritt der Conferenz für heute bestätigt, widerlegt sind, war die Börse doch durchaus unbelebt und geschäftslos. Auch die Haltung war matter. Sie befestigte sich zwar schon bald nach der Eröffnung, als das erwähnte Telegramm eingetroffen war, verfiel jedoch schon vor Ablauf der ersten Stunde wieder in die ermattende Unlust, von der die Börse gestern beherrscht war. Der eingetretene Rückfall wird durch Londoner Course motivirt. Jedenfalls überwog von 1 Uhr an das Angebot, das bis dahin so zurückhaltend war, daß die niedriger als gestern eröffneten Course vorher sich den gestrigen wieder bis auf geringe Distanz genähert hatten. Die Offerten drückten dann wieder durchschnittlich um ½ Procent, ohne daß sich Kauflust anregen ließ. Namentlich war das bei den meisten Eisenbahnactien der Fall, am meisten waren unter den gangbaren Actien Berg.-Märk. gedrückt, Oberschl. und Köln-Mindener fester. Flau nur Mecklenburger. Einigermaßen belebt, aber selbst nicht in dem Maße wie gestern, waren Nordbahn, Italiener, auch einige österreichische Effecten, besonders Lombarden, Loose und Credit, der Umsatz blieb jedoch hinter dem bescheidenen Umfange zurück, über den wir gestern zu berichten hatten. Amerikaner hatten lebhafte Momente, meist in weichender Richtung wegen des hohen Goldagio's von 37½. Die reservirte Haltung der Speculation, die sich von der in Paris anhaltenden Mißstimmung allein nicht beirren läßt, wirkte zeitweise zu Gunsten einer festeren Tendenz der Oesterreicher und Italiener, that aber gleichzeitig auch jeder Geschäftsregung Eintrag. Auch Russen waren durchaus lustlos, obwohl größtentheils ziemlich fest. Einheimische Staatspapiere etwas matter, die Anleihen meistens ¼ billiger am Markt, auch für Prioritäten keine Kauflust. — Rumän. Anl. 63 bez. In Banken nur geringe Umsätze, vielfach Angebot zu niedrigerem Course; preuß. Bank höher.

Wechsel hatten bei matter Haltung geringes Geschäft.

Prämie für Amerikaner pr. ult. 77¼—1 Br., pr. Juni 78½—1 bez.

(B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 7. Mai 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96¾ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	101¾ bz.
dito 1850. 52	4	86½ bz.
dito 1853	4	86½ bz.
dito 1854	4½	96¾ bz.
dito 1855	4½	96¾ bz.
dito 1856	4½	96¾ bz.
dito 1857	4½	96¾ bz.
dito 1859	4½	96¾ bz.
dito 1864	4½	96¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	80¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	118 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¾ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	75 bz.
Pommersche	3½	75 bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	86¾ B.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	88¼ bz.
Pommersche	4	88¼ bz.
Posensche	4	87½ bz.
Preussische	4	88¼ bz.
Westph. u. Rhein.	4	— — —
Sächsische	4	89½ bz.
Schlesische	4	90⅝ bz.

Louisd'or 111¼ G.	Oest.Bk. 76½ G.
Goldkr. 9. 9 G.	Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	44¼ bz.
dito Nat.-Anl.	5	53¼ B
dito Lot.-A.v.60	4	63 à 62¾ bz.
dito dito 64	—	38 B.
dito 54er Pr.-A.	4	58 B.
dito Eisenb.-L.	—	63 G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	46¾à47¼à47b.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	84 bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	84 G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	59½etw.b.u.G
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	53 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 G.
dito à 300 Fl.	5	89 G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	54¾ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅛ à ⅜ à ¼ bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	94½ bz.
dito II.	4½	92 B.
dito IV.	4½	— — —
dito III.v.St.3½g.	3½	74½ bz.
Cöln-Minden	4½	97 B.
dito II.	5	102 B.
dito	4	83½ G.
dito III	4	83½ B.
dito	4½	93 bz.
dito IV.	4	82¾ bz.
dito V.	4	82 G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em	4½	88 G.
Gal. Ludwigsb.	5	75⅝ B.
Niederschl.-Märk.	4	87¾ B.
dito conv.	4	87¾ B.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77 G.
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	76½ G.
dito F.	4½	94 B.
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	235 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	214 bz. u. G.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	92¾ B.

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastricht	—	—	4	34½ bz.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4¾	4	90 B.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	136½à5½à6bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	207⅞ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	68 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	95½etw.bz.u.B.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	150 B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	199½ bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	134¼ bz.
Böhm.-Westb.	—	—	6	56½ G.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	133 bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	131à132à131bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅓	4	55½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	72 G.
dito dito	—	5	5	81 B.
Galiz.Ludwigsb.	5	—	5	80 bz.
Ludwigsh.Bexb.	10	10⅖	4	140 bz.
Magd.-Halberst.	15	—	4	185 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	246 bz.
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	119 bz
Mecklenburger	3	3	4	73 B.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	92 bz.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88¾ B.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5½	4	90 bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	85 à ⅛ à 85 bz.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	175à176à175½bz.
dito B.	11⅔	12	3½	150 B.
dito C.	11⅔	12	3½	175à176à175½bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	100½ à 101 bz.
Oestr. südl.St.-B.	7½	—	5	97½à99¼à98bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	72 bz.
Rheinische	7	—	4	107½ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28 bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93 G.
Thüringer	—	—	4	133 bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	57½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	153 bz.
Braunschw. B.	—	0	4	89 bz.
Bremer Bank	6½	8	4	112 G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	108 G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	90 G.
Geraer Bank	7⅝	7⅝	4	100 B
Gothaer „	7½	5	4	92 bz
Hannoversche B.	4	5⅕	4	80 G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	114 B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	109⅜ B.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G
Luxemburger B.	6	6	4	81¼ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	88 G.
Posener Bank	6½	7½	4	96¾ B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	145½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	61 G.
Weimar „	6½	4¼	4	86¼ G.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	104½etw.bz.u.G.
Coburg Credb.A.	8½	4	4	74 G.
Darmstädter „	6½	4½	4	76½ B.
Dessauer „	—	0	—	2¼ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	99 bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24¾ bz.
Leipziger „	4	—	4	78¼ G.
Meininger „	7	—	4	89 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18 bz.
Oesterr. Credb.A.	4½	—	5	63½à64à63½bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	112 B.
Minerva	1	—	5	32 etw. bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	110½ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T	142⅝ bz.
dito dito	2 M.	141¾ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	150¾ bz.
dito dito	2 M.	150 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 21 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80⅙ bz.
Wien 250 Fl.	8 T.	76¼ bz.
dito	2 M.	75¾ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 N	56. 22 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T	99⅝ G.
dito dito	2 M	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56. 22 bz.
Petersburg 100 S.-R.	3 W	87⅞ bz.
dito dito	3 M	86⅞ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T	78⅝ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	110⅝ bz.

Berlin, 7. Mai. Roggen loco 80—81pfd. 65½—66½ Thlr. am Bassin ab Kahn bez. — Rüböl loco 11 1/12 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 18⅞ Thlr. bez., pro Mai und Mai-Juni 17 7/12—11/12 Thlr. bez., Juni-Juli 17¾—18 1/12 Thlr. bez., Juli-Aug. 18—⅜ Thlr. bez., Aug.-Sept. 18¼—½ Thlr. bez., Septbr.-Oct. 18—¼ Thlr. bez.

✤ **Breslau**, 8. Mai. Wind: Südost. Wetter: Schön. Thermometer: Früh 8 Grad Wärme. Bei ruhigem Geschäftsverkehr zeigten sich Getreide-Preise im Allgemeinen gut behauptet.

Weizen wurde beschränkt beachtet, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 95—106 Sgr., gelber 94—104 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 93—104 Sgr., gelber 93—102 Sgr., feinste Sorten über Notiz bez. — Roggen fand besonders in feiner Waare mehr Frage, pr. 84 Pfd. 80—83 Sgr., feinste Sorten über Notiz bez. — Gerste schwach beachtet, pr. 74 Pfd. helle 59—62 Sgr., gelbe 52—56 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Pfd. schlesischer 40—43 Sgr., galizischer 38—40 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Erbsen mehr beachtet. — Wicken offerirt. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen schwach beachtet, pr. 50 Pfd. gelbe 38—44 Sgr., blaue 40 bis 44 Sgr. — Schlesische Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein gute Kauflust. — Rapskuchen beachtet, 51 bis 53 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	95—101—106	Bohnen	70—85—92
Gelber Weizen	95—100—104		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd.Brutto.
Roggen	80—82—83	Schlag-Leinsaat	170—190—200
Gerste	54—57—62	Winter-Raps	175—188—196
Hafer	38—40—43	Winter-Rübsen	162—172—182
Erbsen	63—68—74	Sommer-Rübsen	142—150—160
Wicken	50—53—56	Leindotter	136—140—156

Kleesaat ohne Umsatz, rothe 12—15 Thlr., hochfeine über Notiz, — weiße 12—25 Thlr., hochfeine über Notiz pr. Ctr.

Thymothee ohne Handel, 10—11 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 34—44 Sgr. Metze 2—2½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.